

■ Dass der Erinnerung an den Widerstand gegen die deutsche Besatzung zentrale Bedeutung als Legitimationsressource für die europäische Nachkriegsordnung und die neuen Regierungen in Ost und West zukam, ist keine neue Beobachtung. Kaum untersucht ist indessen, wie die Erinnerung in den Auseinandersetzungen des Kalten Kriegs eingesetzt wurde. Die Verbände ehemaliger KZ-Häftlinge und Angehöriger des Widerstands waren dabei wichtige erinnerungspolitische Akteure. Am Beispiel der Auseinandersetzung um die deutsche Wiederbewaffnung analysiert Maximilian Becker, wie sie die Erinnerung einsetzten und wie sie ihrerseits von den beiden Lagern des Kalten Kriegs in Dienst genommen wurden. ■

Maximilian Becker

## „Keine Waffen für unsere Henker!“

Ehemalige Verfolgte des NS-Regimes und die westdeutsche Wiederbewaffnung

### I. Geschichtspolitik im Kalten Krieg

Der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg kam für die Legitimierung der europäischen Nachkriegsordnung und der neuen Regierungen in Ost und West zentrale Bedeutung zu.<sup>1</sup> Insbesondere das Widerstandsgedenken spielte eine herausragende Rolle. Häufig war die Erinnerung an einen heroischen Widerstand gegen die deutschen Besatzer die einzige Legitimationsgrundlage, wie etwa für die Regierung de Gaulle zwischen 1944 und 1946.<sup>2</sup> Doch hatte die Memorialisierung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren noch keine festen Konturen, sondern war Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Opfer- und politischen Gruppen.<sup>3</sup> Die ehemaligen politischen Gefangenen der Konzentrationslager (KZ) und Angehörigen der Widerstandsbewegungen nahmen an diesen Auseinandersetzungen als Akteure teil, ihr Verhalten in KZ und Widerstand war gleichzeitig aber auch Gegenstand der Debatten, etwa in den Strafverfahren gegen ehemalige Funktionshäftlinge.<sup>4</sup> Eine Minderheit dieser früheren Wider-

<sup>1</sup> Das Zitat aus der Überschrift findet sich in: Archiwum Akt Nowych (Archiv der Neuen Akten, künftig: AAN), 1841/2/9, Treffen der ehemaligen Dachau-Häftlinge, Resolution, (25. 11. 1954), S. 77.

<sup>2</sup> Vgl. Pieter Lagrou, Victims of Genocide and National Memory. Belgium, France and the Netherlands 1945–1965, in: Past & Present 154 (1997), S. 181–222, hier S. 201–205, und Matthias Waechter, Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie 1940 bis 1958, Göttingen 2006.

<sup>3</sup> Vgl. Zofia Wóycicka, Arrested Mourning. Memory of the Nazi Camps in Poland, 1944–1950, Frankfurt a. M. u. a. 2013, und Henry Rousso, The Vichy Syndrome. History and Memory in France since 1944, Cambridge/London 1991.

<sup>4</sup> Vgl. Zofia Wóycicka, Schmerzhaftes Abrechnungen. Diskussionen über die Prozesse ehemaliger Funktionshäftlinge in Polen 1944–1950, in: Natali Stegmann (Hrsg.), Die Weltkriege als symbolische Bezugspunkte. Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland nach dem Ersten

standskämpfer und KZ-Häftlinge, die besonders aktiv war, hatte sich in Verbänden zusammengeschlossen, die zu bedeutenden erinnerungspolitischen Protagonisten wurden.<sup>5</sup>

Ab 1947 überlagerte der Kalte Krieg diese Erinnerungskonflikte: Für beide Seiten war die Kriegserinnerung nun auch Mittel zum Zweck in aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Gleichzeitig wurde sie immer mehr kanonisiert: Die ersten Nachkriegsjahre waren etwa in Polen, der Tschechoslowakei, aber auch in Frankreich von teils heftigen Debatten geprägt, die sich beispielsweise um eine angemessene Erinnerung an die Konzentrationslager drehten, die Rolle der zivilen Zwangsarbeiter etwa des französischen *Service du travail obligatoire* („Pflichtarbeitsdienst“) oder der Funktionshäftlinge in den KZ, gegen die eine Reihe von Strafprozessen geführt wurden, so etwa im Rahmen der Dachauer Prozesse der Amerikaner oder in Polen. Ab 1948 jedoch wurde die individuelle Erinnerung in der Öffentlichkeit im Osten im Zuge der Stalinisierung nivelliert.<sup>6</sup> An ihre Stelle traten mythische Meistererzählungen, die der Legitimierung der kommunisti-

---

und Zweiten Weltkrieg, Prag 2009, S. 243–266, und Philipp Neumann-Thein, *Parteidisziplin und Eigenwilligkeit. Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos*, Göttingen 2014, S. 193 f.

<sup>5</sup> Vgl. Pieter Lagrou, *The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945–1965*, Cambridge/New York/Melbourne 2000; Heike Karge, *Steinerne Erinnerung – versteinerte Erinnerung? Kriegsgedenken in Jugoslawien (1947–1970)*, Wiesbaden 2010; Mark Edele, *Soviet Veterans of the Second World War. A Popular Movement in an Authoritarian Society 1941–1991*, Oxford 2009; Katharina Stengel/Werner Konitzer (Hrsg.), *Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit*, Frankfurt a. M. 2008, und Janine Doerry/Thomas Kubetzky/Katja Seybold (Hrsg.), *Das soziale Gedächtnis und die Gemeinschaften der Überlebenden. Bergen-Belsen in vergleichender Perspektive*, Göttingen 2012. Am besten untersucht sind die französischen Verbände, z. B. vgl. Jean-Marc Dreyfus, „Ami, si tu tombes ...“. *Les déportés résistants des camps au souvenir 1945–2005*, Paris 2005; Olivier Lalieu, *La déportation fragmentée. Les anciens déportés parlent de politique 1945–1980*, Paris 1994; François Cochet, *Les exclus de la victoire. Histoire des prisonniers de guerre, déportés et S.T.O. (1945–1985)*, Paris 1992, und Serge Wolikow/Jean Vigreux, *Les combats de la mémoire. La FNDIRP de 1945 à nos jours*, Paris 2006. Vgl. weitere wichtige Studien: Elke Reuter/Detlef Hansel, *Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Berlin 1997; Wóycicka, *Arrested mourning*, und Joanna Wawrzyniak, *Veterans, Victims, and Memory. The Politics of the Second World War in Communist Poland*, Frankfurt a. M. 2015. Vgl. Studien zu internationalen Verbänden: Neumann-Thein, *Parteidisziplin*, und Susan Hogervorst, *Onwrikbare herinnering. Herinneringsculturen van Ravensbrück in Europa, 1945–2010*, Hilversum 2010. Andere Lagerkomitees sind im Rahmen von Biografien oder Geschichten der Gedenkstätten untersucht worden; vgl. Katharina Stengel, *Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit*, Frankfurt a. M./New York 2012; Jonathan Huener, *Auschwitz, Poland, and the Politics of Commemoration, 1945–1979*, Athens 2003; Bertrand Perz, *Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart*, Innsbruck 2006, und Harold Marcuse, *Legacies of Dachau. The Uses and Abuses of a Concentration Camp, 1933–2001*, Cambridge 2001.

<sup>6</sup> Vgl. Arnd Bauerkämper, *Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945*, Paderborn u. a. 2012, S. 381, und für Polen vgl. Wóycicka, *Arrested mourning*

schen Herrschaft dienten. Zentraler Bestandteil war die Behauptung, der Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung sei von der jeweiligen kommunistischen Partei initiiert, organisiert und im Wesentlichen getragen gewesen. Die Rolle der Sowjetunion für die Befreiung wurde herausgestrichen.<sup>7</sup> Im Westen wurden die schmerzlichen Erinnerungen an die Besatzung, an Kollaboration und die Befreiung durch ausländische Truppen bis Mitte der 1950er Jahre mit einem offiziellen Widerstandsmythos übertüncht, doch schwelten die Konflikte zwischen individueller Erinnerung und offiziellem Geschichtsbild in Ost und West unter der Oberfläche weiter.<sup>8</sup>

Die Bruchlinien im Geschichtsbild verliefen nicht nur zwischen Ost und West. In Westeuropa gab es vor allem in Frankreich und Italien kommunistische Massenparteien, die christdemokratischen Regierungen gegenüber standen – mit je eigenen Vorstellungen über die Vergangenheit. Mit dem Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) 1948 endete zudem die Einheit der kommunistischen Weltbewegung.<sup>9</sup>

Die Debatte um die Wiederbewaffnung, die im Wesentlichen zwischen 1950 und 1955 stattfand, hatte auch eine erinnerungskulturelle Dimension, weil der Bezug auf den Zweiten Weltkrieg sowohl Befürwortern als auch – und vor allem – den Gegnern der Wiederbewaffnung Argumente lieferte.<sup>10</sup> Pläne für einen westdeutschen Wehrbeitrag bestanden seit Ende der 1940er Jahre, doch konkret wurden sie im Laufe des Jahres 1950. Der Überfall des kommunistischen Nordens auf Südkorea am 25. Juni 1950 wirkte als Katalysator. Ende Oktober griff der französische Ministerpräsident René Pleven in einer Ansprache vor der Nationalversammlung den Vorschlag Winston Churchills zur Schaffung einer europäischen Armee auf, in die auch westdeutsche Streitkräfte integriert sein sollten. Aus diesem Konzept ging der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und den drei Benelux-

<sup>7</sup> Vgl. Lutz Raphael, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*, München 2011, S. 284f., und Monika Flacke/Ulrike Schmiegelt, *Aus dem Dunkel zu den Sternen. Ein Staat im Geiste des Antifaschismus*, in: Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Bd. 1, Mainz 2004, S. 173–189.

<sup>8</sup> Vgl. Lagrou, *Legacy of Nazi Occupation. Zu den parallelen Entwicklungen in Ost und West* vgl. Etienne François, *Meistererzählungen und Dammbrüche. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung*, in: Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen*, Bd. 1, S. 13–28.

<sup>9</sup> Das Kominform ist bisher kaum erforscht; vgl. Grant M. Adibekov, *Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas*, Frankfurt a. M. 2002.

<sup>10</sup> Eine konzise Gesamtdarstellung des Konflikts, die auch dessen europäische Dimension abbilden würde, fehlt. Vgl. Studien, die die Protestgeschichte behandeln: Linda Rizzo, *Divided we stand. The French and Italian Political Parties and the Rearmament of West Germany, 1949–1955*, Newcastle 2007; Michael Werner, *Die „Ohne-mich“-Bewegung. Die bundesdeutsche Friedensbewegung im deutsch-deutschen Kalten Krieg (1949–1955)*, Münster 2006; Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.), *Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945–1955*, Essen 2008; Eckart Dietzfelbinger, *Die westdeutsche Friedensbewegung 1948 bis 1955. Die Protestaktionen gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1984, und Holger Nehring, *Politics of Security. British and West German Protest Movements and the Early Cold War, 1945–1970*, Oxford 2013.

staaten hervor, der am 27. Mai 1952 unterzeichnet wurde.<sup>11</sup> Parallel dazu entstanden ab 1948 in der Sowjetischen Besatzungszone Polizeibereitschaften, die 1952 in der Kasernierten Volkspolizei – dem Vorläufer der Nationalen Volksarmee – aufgingen.

Eng mit der Wiederbewaffnung hing der Aufbau westeuropäischer Institutionen zusammen. Mit der EVG gekoppelt war die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) als supranationales Organ. Parallel zu den EVG-Verhandlungen, aber unabhängig von diesen verhandelten die EVG-Vertragsstaaten über eine Montanunion, den Schumann-Plan. Anders als EPG und EVG, die nicht verwirklicht wurden, führten diese Verhandlungen am 23. Juli 1952 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Die Kontroverse um die Wiederbewaffnung spaltete nicht nur die westdeutsche, sondern auch die anderen westeuropäischen Gesellschaften und löste 1952/53 in Italien und Frankreich teilweise gewaltsame Massenproteste aus. Sie zählte zu den Motiven für die deutschlandpolitischen Offerten der Sowjetunion, wie etwa für die Notenkampagne von 1952. Ehemalige Angehörige des europäischen Widerstands nahmen an der Auseinandersetzung als Mitglieder von Verfolgtenverbänden oder Parteien aktiv teil. Wie die europäischen Gesellschaften teilten sich auch diese in Befürworter und entschiedene Gegner. Manche ehemalige Résistance-Kämpfer wie etwa der französische Außenminister Georges Bidault befürworteten als Mitglieder von Regierungen oder diese tragenden Parteien die Aufstellung einer westdeutschen Armee mit.<sup>12</sup>

Verfolgtenverbände wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), deren Leitungen von Parteikommunisten dominiert wurden, starteten hingegen Anfang der 1950er Jahre eine Kampagne, die 1954 und in den ersten Monaten des Jahres 1955 ihren Höhepunkt erreichte. In diese Zeit fielen die Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954, der Abschluss der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954, die unter anderem die Aufstellung einer westdeutschen Armee und deren Integration in die NATO vorsahen, und die Ratifizierung dieser Abkommen bis März 1955.<sup>13</sup> Die Feiern zum zehnten Jahrestag der Befreiung, die in diesem Zeitraum stattfanden, boten für die Proteste der Verfolgtenverbände eine geeignete Bühne. Die Erinnerung an den Krieg wurde von ihnen in Dienst genommen. Dabei wurden sie selbst aber auch in hohem Maße von den kommunistischen Parteien und der UdSSR instrumentalisiert. Länderübergreifend koordiniert wurde die Kampagne von der *Fédé-*

<sup>11</sup> Vgl. Norbert Wiggershaus, Von Potsdam zum Plevan-Plan. Deutschland in der internationalen Konfrontation 1945–1950, in: Roland G. Foerster u. a., Die Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan, München/Wien 1982, S. 1–118, hier S. 110–118.

<sup>12</sup> Vgl. Berthold Grzywatz, Zeitgeschichtsforschung und Geschichte der NS-Verfolgten in der deutschen Nachkriegspolitik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 1012–1036.

<sup>13</sup> Vgl. Lutz Köllner u. a., Die Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 2: Die EVG-Phase, München 1990, und Hans Ehlert u. a., Die Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 3: Die NATO-Option, München 1993.

ration Internationale des Anciens Prisonniers Politiques (FIAPP) beziehungsweise von deren 1951 gegründeter Nachfolgeorganisation *Fédération Internationale des Résistants, des Victimes et des Prisonniers de Fascisme* (FIR),<sup>14</sup> die im Zentrum der folgenden Analyse steht.<sup>15</sup>

Im weiteren Sinne geht es um das Spannungsfeld von Erinnerungs- und Geschichtspolitik in einer entscheidenden Phase des Kalten Kriegs. Der Begriff Erinnerungspolitik „verweist [...] auf die erfahrungsgeschichtliche Dimension der Erinnerung und ihre Konkretisierung in politischer Praxis, d. h. sie definiert sich für die Betroffenen [...] als eine durch die Diktaturerfahrung geprägte Handlungsorientierung in der postdiktatorischen Gesellschaft“.<sup>16</sup> Damit stellt Erinnerungspolitik den politischen Gebrauch der Erinnerung durch die Betroffenen ins Zentrum, während Geschichtspolitik die Instrumentalisierung der Vergangenheit durch beliebige Akteure meint.<sup>17</sup> Die Geschichte der Erinnerung ist als Konfliktgeschichte zu verstehen, die sich im Kontext des Kalten Kriegs, innenpolitischer Auseinandersetzungen und Opferkonkurrenzen um den Platz der eigenen Erfahrung im kollektiven Gedächtnis und um materielle Leistungen ereignete. Dabei ist zunächst zu fragen, woran die ehemaligen Verfolgten erinnerten und wie sie das taten. Welche Veranstaltungen fanden zum zehnten Jahrestag statt und wie verbanden die ehemaligen Verfolgten diese mit der Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung?

## II. Verfolgtenorganisationen, Kalter Krieg und Widerstandsmymen

Die Gegensätze zwischen kommunistischen und westlich-demokratisch orientierten NS-Gegnern führten dazu, dass die unmittelbar nach der Befreiung gegründeten, überparteilichen Verfolgtenverbände zerbrachen. Neben kommunistisch orientierte Organisationen traten in Westeuropa antikommunistisch

<sup>14</sup> Seit dem 28. 11. 1954 lautet der Name „Fédération Internationale des Résistants“ (FIR). Wichtigste Quelle der Studie sind die Protokolle der FIR-Sitzungen, die, da Mitschriften von anderen internationalen Opferverbänden wie den Komitees der ehemaligen Konzentrationslager kaum überliefert sind, einzigartige Einblicke in eine bedeutende Verfolgtenorganisation bieten. Für den vorliegenden Aufsatz wurden auch die monatlich erscheinende Zeitschrift der FIR „Der Widerstandskämpfer“ und das Wochenblatt des österreichischen KZ-Verbands „Der neue Mahnruf“ ausgewertet. Ergänzend wurden Tageszeitungen herangezogen.

<sup>15</sup> Die Einbeziehung von NS-Opfern, die sich lediglich politischen Parteien anschlossen, kann an dieser Stelle aufgrund des unverhältnismäßig hohen Rechercheaufwands nicht geleistet werden. Das gleiche gilt für die Ansichten, die diejenigen vertraten, die politisch nicht aktiv waren. Zu den Aktivitäten der nicht- und antikommunistischen Verbände gibt es kaum Quellen. Zugänglich sind lediglich die Verbandszeitschriften des westdeutschen bzw. Westberliner „Bunds der Verfolgten des Naziregimes“ (BVN), „Das freie Wort“ und „Die Mahnung“ sowie „Déportation et Liberté“, das Blatt der „Fédération Internationale Libre des Déportés et Internés de la Résistance“ (FILDIR), das aber nur unvollständig überliefert ist.

<sup>16</sup> Grzywatz, *Zeitgeschichtsforschung*, S. 1013.

<sup>17</sup> Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik. Internationale Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Neue Politische Literatur* 41 (1996), S. 376–401.

ausgerichtete bürgerliche und sozialdemokratische.<sup>18</sup> Auch in der FIAPP waren zunächst nichtkommunistische Verbände Mitglied gewesen. 1948 erreichte die Spaltung auch die FIAPP: Nach dem Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kominform wurde der Verband der Kämpfer des Volksbefreiungskriegs (*Savez boraca Narodnooslobodilačkog rata* – SBNOR) nicht mehr zu den Veranstaltungen der Organisation eingeladen, 1950 brach die FIAPP auf Druck der osteuropäischen Verbände den Kontakt zur Leitung des SBNOR ab, und schloss dessen Vertreter aus allen Gremien aus. Aus Protest gegen diesen de facto-Rauswurf verließen zwölf westeuropäische Verbände die FIAPP, die in eine tiefe Krise geriet.<sup>19</sup> Ein formaler Ausschluss des SBNOR erfolgte nicht,<sup>20</sup> denn dies hätte bedeutet, dass die FIAPP die von ihr postulierte Geschlossenheit aller ehemaligen politischen Gefangenen von sich aus beendet hätte. 1951 wählte der Gründungskongress der FIR einen neuen jugoslawischen Vertreter – einen Gegner Titos und Stalinisten – ins neue Exekutivkomitee.<sup>21</sup>

Der Bruch Stalins mit Josip Broz Tito befeuerte die stalinistischen Säuberungen, die 1948 verstärkt wurden und auch die Verfolgtenverbände erfassten.<sup>22</sup> Tatsächlich waren deren Mitglieder als Opfer prädestiniert: Ihr im Untergrund erworbenes Prestige machte sie für die Parteiführer, die den Zweiten Weltkrieg meist im Moskauer Exil überlebt hatten, aus machtpolitischer Sicht gefährlich. Wieviele ehemalige KZ-Häftlinge und Widerstandskämpfer von den Verfolgungen betroffen waren, ist nicht bekannt. Jedoch wurden etliche NS-Gegner erneut inhaftiert oder nach Schauprozessen hingerichtet, wie beispielsweise der ehemalige Buchenwald-Häftling Josef Frank, ein Angeklagter im Prager Prozess gegen Rudolf Slánský.<sup>23</sup>

<sup>18</sup> Einen gedrängten Überblick über die Entwicklung der Verfolgtenverbände bietet Stengel, Hermann Langbein, S. 108–110 u. S. 125–130.

<sup>19</sup> Vgl. Neumann-Thein, *Parteidisziplin*, S. 92, und Wilfried Ruppert, *Zur Geschichte der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) im Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung, gegen Faschismus und Neofaschismus (1951–1970)*. Zum Anteil der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR an der Tätigkeit der FIR, Bd. 1, Berlin (Ost) 1989, S. 22.

<sup>20</sup> Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR, DY 55 V 278/2/3, FIAPP-Ratstagung: Resolution über den Abbruch der Beziehungen zu der titoistischen Leitung der jugoslawischen Vereinigung, 28.–30. 4. 1950.

<sup>21</sup> Vgl. Generalsekretariat der VVN (Hrsg.), *Widerstand gegen Krieg und Faschismus! Der Internationale Vereinigungskongress der Widerstandskämpfer*, Berlin 1951, S. 56.

<sup>22</sup> Es besteht noch erheblicher Forschungsbedarf im Hinblick auf die Säuberungen nach 1945. Vgl. für einen Überblick George H. Hodos, *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954*, Berlin 2001, und Annette Weinke, *Der Feind vor Gericht. Schauprozesse im kommunistischen Osteuropa*, Erfurt 2016.

<sup>23</sup> Vgl. Ulrike Lunow, *Helden und Bedürftige. Widerstandskämpfer in der Tschechoslowakei und Frankreich nach dem Krieg als Akteure und Objekte von Geschichte und Sozialpolitik*, in: Martin Zückert/Jürgen Zarusky/Volker Zimmermann (Hrsg.), *Partisanen im Zweiten Weltkrieg. Der Slowakische Nationalaufstand im Kontext der europäischen Widerstandsbewegungen*, Göttingen 2017, S. 225–248, hier S. 242 f., und Neumann-Thein, *Parteidisziplin*, S. 140–148 u. S. 191.

In Jugoslawien waren ehemalige KZ-Häftlinge bevorzugte Opfer der 1948 einsetzenden antistalinistischen Säuberungen: So etwa in den in Ljubljana stattfindenden „Dachauer Prozessen“ gegen Funktionshäftlinge der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, deren Vorbereitungen aber noch in die Zeit vor dem Bruch zwischen Stalin und Tito zurückreichten.<sup>24</sup> Ähnlich wie in den übrigen osteuropäischen Ländern warf man den angeklagten NS-Opfern in Jugoslawien Kollaboration mit der Gestapo vor. Auch in der Kommunistischen Partei Frankreichs gerieten KZ-Überlebende unter Kollaborationsverdacht.<sup>25</sup>

Ungeachtet der stalinistischen Verfolgungen dienten die Überlebenden der Konzentrationslager und des Widerstands in den Satellitenstaaten der Sowjetunion als lebende Beweise für die Grausamkeit der Faschisten. Sie galten wie die Mitglieder des kommunistischen Untergrunds als mutige Helden und Kämpfer für Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Frieden, die nur durch den „Sieg des Sozialismus“ an der Seite der Sowjetunion erreicht werden könnten.<sup>26</sup> In der UdSSR jedoch wurden die KZ-Überlebenden stigmatisiert als angebliche „Verräter“ verfolgt und bis Mitte der 1980er Jahre diskriminiert.<sup>27</sup> Überall im sowjetischen Machtbereich war der nichtkommunistische Widerstand spätestens ab Mitte der 1950er Jahre aus der Erinnerung ausgegrenzt. In Polen etwa hatten ehemalige Angehörige der Heimatarmee berufliche Nachteile hinzunehmen oder wurden verfolgt.<sup>28</sup> In der Ukraine dauerte der Kampf der nationalistischen Partisanen mit den Truppen der Roten Armee und des Innenministeriums bis in die 1950er Jahre.<sup>29</sup>

In den meisten Staaten West- und Osteuropas war die Teilnahme von Überlebenden der Konzentrationslager und des Widerstands fester Bestandteil der Befreiungsfeiern. Nur in der Sowjetunion und in Jugoslawien waren die KZ-Überlebenden aus der Erinnerung ausgeschlossen.<sup>30</sup> In Polen, Frankreich oder Italien

<sup>24</sup> Vgl. Silvija Kavčič, *Überleben und Erinnern. Slowenische Häftlinge im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück*, Berlin 2007, S. 256–259.

<sup>25</sup> Vgl. Neumann-Thein, *Parteidisziplin*, S. 145.

<sup>26</sup> Vgl. Natali Stegmann, *Kriegsdeutungen, Staatsgründungen, Sozialpolitik. Der Helden- und Opferdiskurs in der Tschechoslowakei 1918–1948*, München 2010, S. 270; Beate Kosmala, *Lange Schatten der Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis*, in: Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Bd. 2, Mainz 2004, S. 509–540, hier S. 512; Wawrzyniak, *Veterans*, S. 86, und Claudia Weber, *Geschichte und Macht. Die kommunistische Geschichtspolitik in Bulgarien 1944–1948*, in: Angela Richter/Barbara Beyer (Hrsg.), *Geschichte (ge-)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus. Jugoslawien und Bulgarien*, Berlin 2006, S. 77–90.

<sup>27</sup> Vgl. Ulrike Goeken-Haidl, *Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen 2006, und Pavel Polian, *Žertvy dvuch diktatur. Žizn', trud, uniženie i smert' sovetskich voennoplennykh i ostarbajterov na čužbine i na rodine*, Moskau 2002.

<sup>28</sup> Vgl. Włodzimierz Borodziej, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 279 u. S. 289.

<sup>29</sup> Vgl. Franziska Bruder, *„Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!“ Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929–1948*, Berlin 2007, S. 227–266.

<sup>30</sup> Vgl. Ramona Saavedra Santis, *Im Auftrag der Erinnerung. Antonina Nikiforova und das Ravensbrück-Gedächtnis*, Berlin 2013, S. 28–46; Karge, *Steinerne Erinnerung*, S. 45, und

dagegen wurden sie als nationale Helden gefeiert und waren Teil des offiziellen Geschichtsbilds, das den Widerstand mythisch überhöhte. Gleichzeitig konkurrierten ein antifaschistisches, von den Kommunisten und ihren Verbündeten getragenes, und ein nationalistisches Narrativ miteinander. Aus dem staatlichen Gedenken wurde der kommunistische Widerstand ab 1947 in Frankreich und Italien zunehmend herausgedrängt.<sup>31</sup>

Dies galt ebenso für die jüdischen Opfer, an die auch die Verfolgtenverbände nicht erinnerten. Ein eigenständiges Gedenken etwa der jüdischen Gemeinden existierte in den 1950er Jahren ebenfalls kaum. In die antifaschistische Erinnerung wurden die jüdischen Opfer integriert, ohne die rassistische Spezifik ihrer Verfolgung anzuerkennen. Gedacht wurde vor allem der ermordeten Widerstandskämpfer beziehungsweise politisch Verfolgten, zu denen alle Deportierten gezählt wurden. In Frankreich etwa verhalf das den jüdischen Überlebenden zur gesellschaftlichen Reintegration, verlieh ihrer Verfolgung einen Sinn und sorgte für materielle Anerkennung. Jüdische Überlebende begrüßten das antifaschistische Narrativ daher. In die nationalistischen Mythen, die nur die Helden der Résistance, nicht aber die Deportierten anerkannte, passte die Shoah dagegen nicht.<sup>32</sup> Auch die deportierten Zwangsarbeiter wurden deshalb aus der Erinnerung ausgeschlossen.<sup>33</sup> Zudem hätte die Anerkennung der Singularität des Holocaust bedeutet, die angebliche Gleichheit von KZ und Gulag in Frage zu stellen, die ein Grundbestandteil antikommunistischen Denkens war.

Im Ostblock wurden aus den jüdischen Opfern in der Erinnerungskultur Helden des Widerstands, während die Überlebenden des Holocaust sozialpolitisch als Verfolgte zweiter Klasse behandelt wurden.<sup>34</sup> Hinzu kam, dass sie in den Jahren nach Kriegsende häufig Opfer antisemitischer Gewalt wurden.<sup>35</sup> Anders als in Belgien und den Niederlanden, wo die jüdischen Überlebenden bis in die 1960er Jahre hinein meist keinen Anspruch auf staatliche Hilfen hatten, wurde in den meisten anderen west- und osteuropäischen Staaten ihre Verfolgung zumindest prinzipiell anerkannt.<sup>36</sup>

---

Kavčič, Überleben und Erinnern, S. 191.

<sup>31</sup> Vgl. Claudio Fogu, „Italiani brava gente“. The Legacy of Fascist Historical Culture on Italian Politics of Memory, in: Richard Ned Lebow/Wulf Kansteiner/Claudio Fogu (Hrsg.), *The Politics of Memory in Postwar Europe*, Durham/London 2006, S. 147–176, hier S. 152f. Vgl. allgemein François, *Meistererzählungen und Dammbürche*, in: Flacke (Hrsg.), *Mythen*, Bd. 1, hier S. 16f., und Lagrou, *Legacy of Nazi Occupation*.

<sup>32</sup> Vgl. Pieter Lagrou, *Frankreich*, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002, S. 182–195, hier S. 191–193.

<sup>33</sup> Vgl. Raphael Spina, *Hüterin der Erinnerung an die Zwangsarbeit in Deutschland. Die „Fédération Nationale des Déportés du Travail“ seit 1945*, in: Andreas Heusler/Mark Spoerer/Helmuth Trischler (Hrsg.), *Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im „Dritten Reich“*, München 2010, S. 315–344.

<sup>34</sup> Vgl. Wawrzyniak, *Veterans*, S. 213.

<sup>35</sup> Vgl. Wolfgang Benz/Brigitte Mihok (Hrsg.), *„Juden unerwünscht“. Anfeindungen und Ausschreitungen nach dem Holocaust*, Berlin 2016.

<sup>36</sup> Vgl. Lagrou, *Frankreich*, in: Knigge/Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern*, S. 193.

Als Reaktion auf die Krise der FIAPP erfolgte Ende Juni 1951 die Umgründung zur FIR, die wie ihre Vorgängerin kommunistisch ausgerichtet war und noch heute besteht.<sup>37</sup> Die Verbindungen über den Eisernen Vorhang blieben auch während des Kalten Kriegs intakt: 1954 waren Vereinigungen aus 20 ost- und westeuropäischen Staaten Mitglied der FIR.<sup>38</sup> 1952 entstand mit der *Fédération Internationale Libre des Déportés et Internés de la Résistance* (FILDIR) ein nichtkommunistischer Dachverband, der Anfang der 1950er Jahre als Gegenspieler der FIR auftrat.<sup>39</sup>

Die FIR war eng mit den kommunistischen Parteien (KP) vernetzt,<sup>40</sup> bemühte sich aber stark darum, über die kommunistischen NS-Verfolgten hinaus Sozialdemokraten und Bürgerliche anzusprechen. Ziel war, ihren Aktivitäten mehr Gewicht und eine breitere gesellschaftliche Basis zu geben. Dem diente die Sprache der Aufrufe und Reden, die sich in den 1950er Jahren geschickt des Repertoires der kommunistischen Rhetorik bediente. Begriffe wie Patriotismus, internationale oder brüderliche Solidarität und Frieden waren zwar fester Bestandteil sowjetischer Propaganda, hatten aber in Ost und West vor allem in den späten 1940er und 1950er Jahren Identifikationspotenzial. Auch die Termini Märtyrer und heroisch, Held und Heldentat wurden in Ost und West für die Toten des Widerstands sowie zur Charakterisierung der Taten der Widerstandsbewegung verwendet. Zentral war auch der Begriff Freiheit, der im kommunistischen Sprachgebrauch jedoch eine völlig andere Bedeutung hatte: Man war frei, wenn man sich für das

<sup>37</sup> Die FIR ist der internationale Verfolgtenverband, über den am meisten publiziert wurde, seine Erinnerungspolitik wurde jedoch nur am Rande untersucht; vgl. Ruppert, Geschichte der FIR; Alexander Heldring, The International Federation of Resistance Movements. History and Background, Den Haag 1969, und Ulrich Schneider, Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) und der 8. Mai 1945, in: Marxistische Blätter 43 (2005), S. 72–76.

<sup>38</sup> Vgl. Der II. Kongreß der FIR, in: Der Widerstandskämpfer 2 (1954), S. 16 f.

<sup>39</sup> Laut Pieter Lagrou hörte die FILDIR Anfang der 1960er Jahre auf zu existieren, doch gibt es für 1991 Belege für freundschaftliche Kontakte zwischen FIR und FILDIR; vgl. ders., Legacy of Nazi Occupation, S. 282. Der XI. Ordentliche Kongress der FIR tagte vom 24. bis 26. 6. 1991 in Moskau; vgl. Mitteilungen der Fédération Internationale des Résistants, Juli 1991.

<sup>40</sup> Von 28 Mitgliedern des Exekutivkomitees gehörten 21 nachweislich einer KP an, von denen sechs im Politbüro oder Zentralkomitee saßen. Zwei waren parteilos, standen aber der KP nahe – darunter FIR-Präsident Manhès. Nur drei waren Mitglied anderer Parteien, bei denen es sich ausnahmslos um Satelliten- oder Blockparteien der jeweiligen KP handelte. Zu zwei Personen ließen sich keine Informationen ermitteln; Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (Staatsarchiv der Russischen Föderation), fond 9501, opis 17, dela 25 u. 26, Informacionnyj materialy o sostave Ispolkoma FIR, Bd. 1 u. 2, 1953; AAN, 1354 CK XX/4815, Personalakte Edward Kowalski, und Dokumentationsarchiv österreichischer Widerstand (künftig: DöW), 51616/62. Vgl. auch Enciclopedia dell'antifascismo e della Resistenza, 6 Bde., Mailand 1968–1989; Heinrich Kuhn, Biographisches Handbuch der Tschechoslowakei, München 1961; Fabrice Maerten, Archives Luc Somerhausen, Brüssel 2002, und Neumann-Thein, Parteidisziplin. Zu den beiden Vertretern der DDR, Fritz Beyling und Heinz Töplitz, finden sich Informationen in der Biografischen Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung. [www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html) [9. 10. 2017].

volksdemokratische System entschied.<sup>41</sup> Ob die FIR ihn jedoch in diesem Sinne verstand, war aufgrund der postulierten Überparteilichkeit ebenso wenig klar, wie die Bedeutung der übrigen Termini. Dies war jedoch weniger die Folge einer bewussten Verschleierung der eigenen Ziele, als vielmehr ein Resultat der blockübergreifenden Strukturen. Auch bei der nichtkommunistischen FILDIR hatten die Begriffe Frieden, Brüderlichkeit und Solidarität zentrale Bedeutung, ebenso der Freiheitsbegriff, den die Protagonisten der FILDIR jedoch eindeutig in seiner westlichen Bedeutungsversion verwendeten.<sup>42</sup>

Frieden, Freiheit und nationale Unabhängigkeit wurden von FIR-Funktionären zu den Idealen der Widerstandsbewegung erklärt,<sup>43</sup> die es in der Nachkriegszeit durchzusetzen gelte und für die man im Zweiten Weltkrieg gekämpft habe. Diesen Idealen kam in der Auseinandersetzung mit der Wiederbewaffnung besondere Bedeutung zu. Die Kampagne stand im Kontext des „Kampf[s] um den Frieden“, des wichtigsten Themas sowjetischer Propaganda seit 1948.<sup>44</sup> Angriffe auf den Westen, auf die USA und die Regierung Adenauer waren fester Bestandteil davon und wurden bis zu Stalins Tod in sehr aggressivem Tonfall vorgebracht, auch anlässlich von Feiern zu den Jahrestagen der Befreiung. Dem Negativbild des kriegslüsternen Westens wurden die „Friedensinitiativen“ der Sowjetunion gegenüber gestellt, in deren Mittelpunkt die „deutsche Frage“ stand. In den frühen 1950er Jahren wurde ihrer Lösung auch über die Kommunisten hinaus entscheidende Bedeutung für den europäischen Frieden beigemessen. 1951 war für die FIAPP die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz der Ostblockstaaten vom Oktober 1950 maßgeblich. Diese forderte die Schaffung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rats aus Vertretern der ost- und westdeutschen Regierungen.<sup>45</sup> 1952 bildete dagegen die Notenkampagne der UdSSR den Bezugspunkt,<sup>46</sup> deren wesentliche Punkte FIR-Präsident Henri Manhès auf einer

<sup>41</sup> Vgl. László Révész, *Die Sprache als Waffe. Zur Terminologie des Marxismus-Leninismus*, [München] 1983, S. 70.

<sup>42</sup> Vgl. F.I.L.D.I.R. *Fédération Internationale Libre des Déportés et Internés de la Résistance*. Statuts, in: *Déportation et Liberté*, Januar 1953, S. 21 f. Aufgrund der schlechten Quellenlage ist eine detaillierte Untersuchung der FILDIR nicht möglich. Die hier und im Folgenden zitierten Nummern der Zeitschrift sind im DöW, 51616/77, überliefert.

<sup>43</sup> Vgl. Henri Manhès, *Auf zum Treffen der Widerstandskämpfer in Wien!*, in: *Der Widerstandskämpfer* 2 (1954), S. 1.

<sup>44</sup> Jan C. Behrends, *Vom Panslavismus zum „Friedenskampf“*. Außenpolitik, Herrschaftslegitimation und Massenmobilisierung im sowjetischen Nachkriegsimperium (1944–1953), in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 56 (2008), S. 27–53, hier S. 39. Vgl. auch Timothy Johnston, *Peace or Pacifism? The Soviet „Struggle For Peace in All the World“*, 1948–54, in: *The Slavonic and East European Review* 86 (2008), S. 259–282.

<sup>45</sup> Vgl. Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, München 1996, S. 171.

<sup>46</sup> Vgl. ebenda, S. 175–185; Gerhard Wettig, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999, S. 207–224; Jürgen Zarusky (Hrsg.), *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*, München 2002; Peter Ruggenthaler (Hrsg.), *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung*, München 2007; Bernd Bonwetsch, *Die Stalin-Note 1952. Kein Ende der Debatte*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2008, S. 106–113;

Internationalen Tagung zum Befreiungstag in Buchenwald so zusammenfasste: „Demokratie in ganz Deutschland, Nichtbeteiligung an Militärbündnissen, wie es die Sowjetunion in ihren Friedensvertragsvorschlägen für Deutschland forderte, ist auch das Programm der ehemaligen Widerstandskämpfer.“<sup>47</sup> Damit ließ sich die FIR willig vor den Propagandakarren Stalins spannen, dem es nicht um die deutsche Einheit, sondern um die Absicherung der DDR ging.<sup>48</sup> Die deutsche Einheit nahm auch in internen FIR-Papieren der ausgehenden Stalin-Zeit und darüber hinaus einen prominenten Platz ein. Die FIR sah die „deutsche Frage“ dabei bis Mitte 1955 zu Recht stets mit der Entscheidung über die Wiederbewaffnung gekoppelt.<sup>49</sup>

Zusammen mit internationaler Solidarität und – als einem weiteren Schlüsselbegriff – Einheit waren Frieden, Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Patriotismus die diskursiven Grundbestandteile des Widerstandsmythos der FIR, der an die antifaschistischen Narrative anschloss.<sup>50</sup> Dieser stellte den kleinsten gemeinsamen Nenner der nationalen Widerstandsgeschichten dar, blendete deren jeweilige Spezifika jedoch aus. Von den ideologisch aufgeladenen Narrativen in Ost und West hob sich das Narrativ der FIR ab: Es fehlte die Verehrung für bestimmte, auch namentlich benannte Helden wie Zoja Kosmodem'janskaja in der UdSSR<sup>51</sup> oder Charles de Gaulle in Frankreich und auch der Verweis auf die angeblich führende Rolle der kommunistischen Partei im Widerstand. Stattdessen betonte die FIR dessen transnationalen und überparteilichen Charakter sowie die internationale Solidarität aller Beteiligten: von Häftlingen, Partisanen und allen anderen, die sich gegen die Besatzung engagierten oder aus unterschiedlichen Grün-

---

Jürgen Zarusky, Die historische Debatte über die Stalin-Note im Lichte sowjetischer Quellen, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 14 (2010), S. 13–29, und Peter Rugenthaler, The 1952 Stalin Note on German Unification. The Ongoing Debate, in: Journal of Cold War Studies 13 (2011), S. 172–212. Wenig hilfreich dagegen Gerhard Wettig, Die Stalin-Note. Historische Kontroverse im Spiegel der Quellen, Berlin 2015. Der Autor wiederholt im Wesentlichen nur seine eigenen, bereits an anderer Stelle publizierten Thesen.

<sup>47</sup> Zit. nach Neues Deutschland vom 13. 4. 1952: „Internationale Buchenwald-Tagung eröffnet“.

<sup>48</sup> Vgl. Wettig, Bereitschaft, S. 320; Jochen Laufer, Stalins Friedensziele und die Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941–1953, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S. 131–157, hier S. 154, und Rugenthaler (Hrsg.), Stalins großer Bluff.

<sup>49</sup> DöW, 22508/12, Die Aufgaben der FIAPP nach dem II. Weltfriedenskongress. Bericht des Direktors des Generalsekretariats der FIAPP, Edward Kowalski, auf der Sitzung des Exekutiv-Komitees in Budapest, 12. 1. 1951.

<sup>50</sup> Vgl. Aleksander Szurek, Getreu sich selbst, frei und einig, proklamiert die Widerstandsbewegung das Recht auf ein Leben in Frieden, Arbeit und Brüderlichkeit, in: Der Widerstandskämpfer 2 (1954), S. 8–10, hier S. 9, und Renato Bertolini, Die Widerstandsbewegung wird die Errungenschaften des Befreiungskrieges verteidigen, in: Der Widerstandskämpfer 3 (1955), S. 9 f.

<sup>51</sup> Vgl. Daniela Rathe, Soja – eine „sowjetische Jeanne d'Arc“? Zur Typologie einer Kriegsheldin, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 45–59. In dem zitierten Titel wird die Transkription des Russischen verwendet, im Autorentext die wissenschaftliche Transliteration, daher die unterschiedlichen Schreibweisen des Vornamens.

den verfolgt wurden. Sie entstammten allen sozialen Schichten und hatten unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Überzeugungen. Damit integrierte die FIR auch die jüdischen Opfer des Völkermords, aber ohne ihr spezifisches Schicksal anzuerkennen: Für die FIR waren vor allem die verfolgten Widerstandskämpfer Opfer.<sup>52</sup>

Einheit war Synonym für die Geschlossenheit und internationale Solidarität aller Widerstandsangehörigen vor 1945.<sup>53</sup> Daneben fungierte der Begriff als Bezeichnung für deren Zusammenhalt nach der Befreiung und sollte den Alleinvertretungsanspruch der FIR für alle ehemaligen Widerstandskämpfer, NS-Opfer und die Hinterbliebenen unterstreichen.<sup>54</sup> Dies wies auf die Volksfrontstrategie aus den 1930er Jahren hin,<sup>55</sup> die als „Aktionseinheit“ in der Nachkriegszeit wieder aufgenommen wurde.<sup>56</sup> Auf antikommunistischer Seite entsprach dem Begriff der Einheit die Rede vom „Geist der Lagerstraße“, die als Metapher die weltanschauliche, politische und religiöse Differenzen überwindende Solidarität aller politischer Gefangener (unter Einschluss jüdischer KZ-Häftlinge) bezeichnete. Zum „Geist der Lagerstraße“ gehörte auch die gemeinsame Feindschaft gegen die SS und gegen den Nationalsozialismus. Ebenso wie die Einheit sollte der „Geist der Lagerstraße“ über die Befreiung hinaus lebendig gehalten werden. Eine Überwindung der Spaltung in Kommunisten und Antikommunisten war somit rhetorisch intendiert, doch unter den Bedingungen des Kalten Kriegs in der Praxis nicht erreichbar.

In all ihren Bedeutungen waren Einheit und der „Geist der Lagerstraße“ Mythen, doch heißt das nicht, dass die politisch Verfolgten im Lager und Untergrund sie nicht als real empfunden hätten.<sup>57</sup> Trotzdem war der Widerstand gegen die Besatzung vor allem national gewesen, eine internationale Solidarität – die zu den konstitutiven Elementen des kommunistischen Widerstandsnarrativs in den Konzentrationslagern zählte<sup>58</sup> – hatte es inner- und außerhalb der Lager nur in begrenztem Maß gegeben. Die Behauptung einer Einheit des Widerstands ignorierte zudem die Spannungen zwischen den einzelnen Gruppen, die in manchen

<sup>52</sup> Vgl. Alexander Buican, Vor zehn Jahren wurde Auschwitz befreit, in: Der Widerstandskämpfer 3 (1955), S. 11 f. Buican war in den 1970er Jahren Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees.

<sup>53</sup> AAN, 1841/2/151, Bl. 35–63, hier Bl. 37, Edward Kowalski: Der Zusammenschluß der Widerstandskämpfer und der Opfer des Faschismus in einer Internationalen Vereinigung auf dem II. Weltkongress der FIAPP, 30.6.–3. 7. 1951.

<sup>54</sup> In dieser Bedeutung z. B. verwendet in: Art. IV Statuten der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR). Beschlüsse des II. Kongresses der FIR, Wien 1954.

<sup>55</sup> Damals hatten die kommunistischen Parteien in der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Faschismus versucht, ein breites Bündnis aller antifaschistischen Strömungen zu schmieden, wobei sie selbstverständlich die Führungsrolle für sich beanspruchten.

<sup>56</sup> Vgl. Klaus Kinner (Hrsg.), Die Chancen der Volksfront. Historische Alternativen zur Stalinisierung des Kommunismus, Leipzig 2006.

<sup>57</sup> Vgl. Helga Amesberger/Kerstin Lercher, Lebendiges Gedächtnis. Die Geschichte der österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück, Wien 2008, S. 38 f.

<sup>58</sup> Vgl. Neumann-Thein, Parteidisziplin, S. 11, und Buican, Zehn Jahre.

Ländern zu Bürgerkriegen geführt hatten.<sup>59</sup> Mit dem Begriff Einheit wurde zugleich die Stärke der Widerstandsbewegung signalisiert, die von den FIR-Verantwortlichen als bedeutende Kraft im Kampf gegen die NS-Besatzung mit entscheidender Bedeutung für den Sieg dargestellt wurde.<sup>60</sup> Dies entsprach dem Stolz der ehemaligen Partisanen, die ihren eigenen militärischen Beitrag zum Sieg über Nazideutschland hervorhoben. Als Motiv für den Kampf galt allein der Patriotismus: Ziel sei die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit des jeweils eigenen Vaterlands gewesen, was jedoch im Widerspruch zum Narrativ des gemeinsamen europäischen Widerstands stand. Damit setzte sich das Spannungsverhältnis zwischen nationalem Freiheitskampf und dem internationalen Zusammenhang der Anti-Hitler-Koalition fort, von deren militärischem Sieg auch der Erfolg der Widerstandsbewegungen abgehängt hatte.

### III. Die NS-Gegner und die Wiederbewaffnung

Der Widerstandsmythos war zentraler Bestandteil der FIR-Kampagne gegen die Wiederbewaffnung: Die kommunistische Propaganda stilisierte diese zu einer Bedrohung für die nationale Unabhängigkeit und Freiheit. Die FIR stimmte hier ein und erinnerte daran, dass der Widerstand für deren Wiederherstellung gekämpft habe.<sup>61</sup> Damit erschienen EVG und westdeutscher NATO-Beitritt als direkte Angriffe auf die Errungenschaften des Widerstands. Umgekehrt galt die Gegnerschaft zur westdeutschen Wiederbewaffnung als Fortsetzung des antifaschistischen Kampfs vor 1945.

In der Kampagne gegen den westdeutschen Wehrbeitrag war der Begriff Remilitarisierung zentral, der von der FIR, aber auch von den kommunistischen Parteien, ihren Presseorganen und anderen pro-kommunistischen Organisationen parallel zu dem neutraleren Wiederbewaffnung verwendet wurde. Remilitarisierung diente als Kampfbegriff, der indirekt ausdrückte, dass die Aufstellung einer Armee in einem Land, das als noch nicht vollständig entnazifiziert galt, zu einem neuen autoritären Regime und zu militärischer Aggression gegen seine Nachbarn führen würde. Damit traf er die Befürchtungen vieler ehemaliger NS-Gegner – nicht nur der Kommunisten – und großer Teile etwa der polnischen und französischen Bevölkerung.<sup>62</sup>

Die FIAPP erklärte den „Kampf gegen die Remilitarisierung“ im Januar 1951 zu „unsere[r] gegenwärtige[n] Hauptaufgabe“,<sup>63</sup> bereits die Feiern zum Befrei-

<sup>59</sup> Vgl. Keith Lowe, *Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943–1950*, Bonn 2015, S. 333–440.

<sup>60</sup> Vgl. André Leroy, *Die Feier des 10. Jahrestages der Befreiungskämpfe. Bericht des Generalsekretärs der FIR*, in: *Der Widerstandskämpfer* 2 (1954), S. 9f.

<sup>61</sup> Buchenwaldarchiv, VA, Nr. 120/1, Betrifft: 10. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück, 13. 12. 1954.

<sup>62</sup> Vgl. Risso, *Divided we stand*, S. 169, und Wawrzyniak, *Veterans*, S. 95f.

<sup>63</sup> DöW 22508/12, *Die Aufgaben der FIAPP nach dem II. Weltfriedenskongress. Bericht des Direktors des Generalsekretariats der FIAPP, Edward Kowalski, auf der Sitzung des Exekutiv-Komitees in Budapest*, 12. 1. 1951.

ungstag am 11. April 1951 standen ganz im Zeichen dieser Kampagne.<sup>64</sup> Einer der Höhepunkte war das „Internationale Treffen der Widerstandskämpfer“ im nordfranzösischen Longwy am 1. Februar 1953. An der Kundgebung nahmen trotz Schneesturms und eisiger Kälte etwa 3.000 Menschen aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Westdeutschland und dem französisch verwalteten Saarland teil.<sup>65</sup> Die Kampagne der FIR ging Hand in Hand mit der westeuropäischen kommunistischen Parteien: So fand 1954 in Oradour-sur-Glane eine Gedenkveranstaltung statt, die sich ebenso gegen die Wiederbewaffnung aussprach wie eine Feier der italienischen Kommunisten in Marzabotto im gleichen Jahr.<sup>66</sup>

Die Gegner der Wiederbewaffnung gehörten verschiedenen politischen Lagern an, und die Gründe für ihre ablehnende Haltung waren mannigfaltig, doch sie alle teilten ein tiefes Misstrauen gegenüber Deutschland. Die deutsche Besatzung hatte tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen; hinzu kam die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, die vor allem in Frankreich und Belgien noch sehr lebendig war. Die Debatten um die Amnestierung und vorzeitige Haftentlassung verurteilter Kriegsverbrecher, die in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in allen westeuropäischen Ländern geführt wurden, hielten die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg zusätzlich wach.<sup>67</sup>

Besonders die Aussicht, dass deutsche Generale, die Hitlers Wehrmacht befehligten, in hohe Kommandoposten einer vereinten westeuropäischen Armee aufsteigen könnten, beunruhigte viele.<sup>68</sup> Die ehemaligen Häftlinge der Konzentrationslager betraf das aufgrund ihrer Erfahrungen besonders. Frühere Partisanen und Widerstandskämpfer sahen zudem ihren Kampf gegen die deutschen Besatzer des Sinns beraubt, wenn deutsche Generale vom NATO-Hauptquartier im französischen Fontainebleau aus Befehle erteilen sollten. Sie erschienen den NS-Gegnern damit als neue Besatzer. Hinzu kam die Enttäuschung, dass es offen-

<sup>64</sup> Ebenda, Comité Executif de la FIAPP: La préparation de la Journée Internationale des Prisonniers Politiques du 11 Avril, 12.–16. 1. 1951. Vgl. auch Neues Deutschland vom 11. 4. 1951: „11. April – Internationaler Befreiungstag. Friedenskundgebung in Auschwitz, Lublin und Majdanek“.

<sup>65</sup> Vgl. Neue Zeit (Saarbrücken) vom 7. 2. 1953, „Internationale Kameradschaft und Treue für den Völkerfrieden. Saarländische Kameraden der VVN auf dem internationalen Treffen der Widerstandskämpfer in Longwy“, und auch De waarheid vom 4. 2. 1953: „Het Franse verzet tegen EDG-verdrag. Een dodelijk gevaar bedreigt het land“.

<sup>66</sup> Vgl. Risso, *Divided we stand*, S. 170. Einheiten der Waffen-SS hatten 1944 Oradour zerstört und fast alle Einwohner ermordet; in Marzabotto richteten sie ein Blutbad an, dem hauptsächlich alte Menschen, Frauen und Kinder zum Opfer fielen.

<sup>67</sup> Vgl. Nico Wouters, *Transitional Justice and Memory Development in Europe*, in: Ders. (Hrsg.), *Transitional Justice and Memory in Europe (1945–2013)*, Cambridge/Antwerpen/Portland 2014, S. 369–412, hier S. 373 f., und Norbert Frei (Hrsg.), *Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2006.

<sup>68</sup> Vgl. Risso, *Divided we stand*, S. 169.

bar nicht gelungen war, eine neue, bessere, friedliche Welt zu schaffen – eine Erwartung, die 1945 nicht nur die befreiten KZ-Häftlinge geteilt hatten.<sup>69</sup>

Die FIR betonte die Verbindung zwischen der westlichen Aufrüstung und der vorzeitigen Haftentlassung und Amnestierung von NS-Verbrechern,<sup>70</sup> ein Zusammenhang, der tatsächlich bestand: In Westdeutschland hatten es die Militärs zur Vorbedingung für eine Mitwirkung bei der Aufstellung deutscher Streitkräfte gemacht, dass die Kriegsverbrecher aus der Haft entlassen würden.<sup>71</sup> Die Proteste blieben jedoch nicht auf die kommunistischen Verbände beschränkt. Der Mitgründer des antikommunistischen Bunds der Verfolgten des Naziregimes (BVN), Karl Ibach, kritisierte, dass „man die ehemaligen Naziaktivisten und Nazigenerale hofiert“,<sup>72</sup> und etwa in Luxemburg formierte sich lagerübergreifend Widerstand der NS-Verfolgten gegen diese Politik.<sup>73</sup>

Das wichtigste Argument westdeutscher Befürworter der Ratifizierung der Pariser Verträge war die Bedrohung durch die UdSSR.<sup>74</sup> Der Gleichsetzung von Stalinismus und Nationalsozialismus, von Gulag sowie sowjetischen Speziallagern in Ostdeutschland und KZ kam dabei eminente Bedeutung für antikommunistische Haltungen zu.<sup>75</sup> In den 1950er Jahren gab es zahlreiche Medienberichte über die „sowjetischen KZ“. Auch die BVN-Zeitschrift *Das freie Wort* publizierte Artikel zu diesem Thema, während die kommunistisch dominierte VVN dem propagandistisch entgegenzutreten versuchte. Die Artikel über die Speziallager waren dazu geeignet, die Angst vor der UdSSR zu schüren, wurden jedoch – auch wenn die zeitliche Parallelität auffällt – vom BVN nicht unmittelbar als Argumente für die Wiederbewaffnung genutzt. Ähnliches gilt auch für die zeitgleich in Frankreich geführte, von dem ehemaligen Buchenwald-Häftling David Rousset ausgelöste

<sup>69</sup> Vgl. Ian Buruma, '45. Die Welt am Wendepunkt, München 2014, S. 17–19, und Katharina Stengel, Einleitung, in: Dies./Konitzer (Hrsg.), Opfer als Akteure, S. 7–23, hier S. 7.

<sup>70</sup> Vgl. Reuter/Hansel, Kurzes Leben, S. 294.

<sup>71</sup> Vgl. Bert-Oliver Manig, Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2004, S. 208f., S. 214f. u. S. 254, sowie Klaus von Schubert, Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952, München 1972, S. 83f.

<sup>72</sup> Karl Ibach, Zeit gewonnen – alles gewonnen. „Zermürbungstaktik“ gegenüber den Verfolgten des Naziregimes, in: *Das freie Wort* 3 (1952), S. 6. Zu Ibach vgl. Peter Steinbach, Karl Ibach. Zur Biographie eines deutschen Widerstandskämpfers, Passau 1990.

<sup>73</sup> Vgl. Marc Schoentgen, Die Resistenzorganisationen in Luxemburg nach dem 2. Weltkrieg, in: *Les courants politiques et la résistance. Continuités ou ruptures? Colloque International Hôte de Ville Esch-Sur-Alzette* 24.–26. Avril 2002, Luxemburg 2003, S. 519–551, hier S. 541.

<sup>74</sup> Vgl. Martin Wengeler, Die Sprache der Aufrüstung. Zur Geschichte der Rüstungsdiskussionen nach 1945, Wiesbaden 1992, S. 85.

<sup>75</sup> Vgl. Bettina Greiner, Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Bonn 2010, und Andrew H. Beattie, „Sowjetische KZs auf deutschem Boden“. Die sowjetischen Speziallager und der bundesdeutsche Antikommunismus, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2011, S. 119–137.

Kontroverse. Auch hier ging es um die Frage einer strukturellen Gleichheit von deutschen und sowjetischen Lagern.<sup>76</sup>

Teil der Kampagne des BVN, der teilweise von der Bundesregierung und der *Central Intelligence Agency* finanziert wurde,<sup>77</sup> für eine westdeutsche Armee waren Berichte über die Aufrüstung in der DDR und Stellungnahmen von Publizisten und Politikern, die sich für die westdeutsche Wiederbewaffnung aussprachen.<sup>78</sup>

Anders als der BVN tat sich die FILDIR offenbar schwer mit einer Positionierung: Sie rief zwar zur Verteidigung der Freiheit gegen Neonazismus und Stalinismus auf und unterstützte den Schumann-Plan,<sup>79</sup> doch übergang sie die Wiederbewaffnung mit Stillschweigen. Zu ablehnend war offenbar die Haltung auch nichtkommunistischer NS-Opfer in dieser Frage. Nicht einmal alle BVN-Mitglieder befürworteten die Aufstellung einer westdeutschen Armee.<sup>80</sup> Dagegen ignorierte die FIR die Aufstellung bewaffneter Kräfte in der DDR. Es blieb der israelischen Knesseth vorbehalten, die Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen zu verurteilen, wobei die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust als entscheidendes Argument diente.<sup>81</sup>

#### IV. Die Feiern zum zehnten Jahrestag der Befreiung als Forum für Proteste

Mehr noch als in den Vorjahren weckten die Feiern zum zehnten Jahrestag der Befreiung bei der FIR die Erwartung, das Gedenken an den Widerstand und die Befreiung von der NS-Besatzung mit Massenprotesten gegen die Aufstellung einer westdeutschen Armee verbinden zu können. Am 8. September 1953 fand der Auftakt statt, als Italien des Waffenstillstands mit den Alliierten gedachte. Gleichzeitig galt der Tag als Geburtsstunde der italienischen Resistenza. Bis zum 9. Mai

<sup>76</sup> Vgl. Emma Kuby, In the Shadow of the Concentration Camp. David Rousset and the Limits of Apoliticism in Postwar French Thought, in: *Modern Intellectual History* 11 (2014), S. 147–173; Thomas Wieder, L'affaire David Rousset et la figure du déporté. Les rescapés des camps nazis contre les camps soviétiques, in: Tal Bruttman/Laurent Joly/Annette Wiewioraka (Hrsg.), *Qu'est-ce qu'un déporté? Histoire et mémoires des déportations de la Seconde Guerre Mondiale*, Paris 2009, S. 311–331.

<sup>77</sup> Vgl. Boris Spagnol, Die „Kommunistenklausel“. Wiedergutmachungspraxis als Instrument des Antikommunismus, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 251–273, hier S. 256 f.

<sup>78</sup> Vgl. Heeresgruppe „Nord“ ist marschbereit! Realitäten in Ost und West. Bundesgrenzschutz reicht nicht aus, in: *Das freie Wort* 4 (1953), S. 1 u. S. 7; Friedenskämpfer auf dem Kriegspfad. Wiederaufrüstung der Sowjetzone im Eiltempo. Die Wahrheit über die „Remilitarisierung“, in: *Das freie Wort* 4 (1953), S. 10; Für oder gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik?, in: *Das freie Wort* 5 (1954), S. 3, und Besatzungszeit beendet, in: *Das freie Wort* 5 (1954), S. 1 f.

<sup>79</sup> Vgl. Discours d'ouverture du Professeur Martin Dehousse, Président de la F.I.L.D.I.R., in: *Déportation et Liberté*, Oktober–Dezember 1954, S. 13 f.

<sup>80</sup> Vgl. Peter Lütches, Pro und Contra EVG, in: *Das freie Wort* 3 (1952), S. 3.

<sup>81</sup> Vgl. Hendrik G. van Dam, Israel und die deutsche Wiederbewaffnung, in: Ralph Giordano (Hrsg.), *Narben, Spuren, Zeugen. 15 Jahre Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, Düsseldorf 1961, S. 294 f.

1955 sollte kaum eine Woche vergehen, in der nicht in irgendeiner europäischen Region Gedenkveranstaltungen abgehalten wurden.

Im Februar 1954 verabschiedete das Exekutivkomitee der FIR „Aufgaben und Empfehlungen zum 10. Jahrestag“, die detaillierte Anweisungen an die nationalen Mitgliedsverbände für Organisation, Form und Inhalt der Feiern enthielten. Diese sollten unter dem Motto „Keine Waffen für die Henker!“ stehen, sich also explizit gegen die Wiederbewaffnung und die EVG aussprechen. Ziel aller Veranstaltungen war es, über die kommunistischen Verfolgten hinaus Unterstützung für die eigenen Anliegen zu gewinnen. Dazu sollten Komitees gebildet werden, in denen „alle Organisationen und Persönlichkeiten der Widerstandsbewegung“ vertreten sein sollten. Die Komitees richteten die Feiern aus, die der „Opfer der Widerstandskämpfer und der Völker“ im Kampf gegen die NS-Herrschaft gedenken und die „Rehabilitierung der Verräter und der Kriegsverbrecher“ verurteilen sollten. Weiter sollten die Gedenkfeiern dazu genutzt werden, Entschädigung und moralische Anerkennung für die Opfer des Naziregimes zu fordern und eine Verbindung zwischen der Geschichte des antifaschistischen Widerstands und „den gegenwärtigen Ereignissen“ herzustellen. Weitere Punkte waren Frieden und Abrüstung. Die Breite der Themen diente dazu, möglichst viele Menschen – auch solche, die wegen der Wiederbewaffnung allein nicht demonstriert hätten – zur Teilnahme an den Kundgebungen zu mobilisieren. Ziel war, nach außen den Eindruck einer größeren Unterstützung für das zentrale Anliegen zu erwecken, als dies tatsächlich der Fall war, und auch die NS-Verfolgten anzusprechen, die nicht Mitglied in einem Verband waren.<sup>82</sup>

Das Papier des Exekutivkomitees legte auch Pläne für internationale Veranstaltungen und die Befreiungsfeiern in den ehemaligen KZ fest. In Inhalt, Form und Zielen sollten diese den nationalen Feiern entsprechen. Die Feierlichkeiten von neuntem und zehntem Jahrestag gingen in diesen Anweisungen nahtlos ineinander über, wenn darin etwa auch die Buchenwaldfeier von 1954 genannt wird.

In einer am 28. Mai 1954 in Paris eröffneten, von der FIR organisierten Ausstellung wurde die Indienstnahme der Geschichte besonders plastisch. Dargestellt wurden die „Kämpfe der Widerstandsbewegung für die Befreiung“ und die „Verbrechen der Nazi in den verschiedenen Ländern und in den Konzentrationslagern“.<sup>83</sup> Zu sehen waren heroische Fotos aus dem Widerstand, die Kämpfer mit Waffen in der Hand zeigten, außerdem Bilder von deutschen Repressalien, wie etwa Wehrmachtssoldaten vor brennenden Häusern und erhängte Zivilisten. Dem wurde in einem zweiten Teil unter der Überschrift „Accords de Bonn et de Paris = la Patrie en Danger“ Fotos der nationalen Demütigung von 1940, wie etwa des deutschen Triumphzugs durch Paris 1940, sowie Ausschnitte aus dem rechtsradikalen, mit antikommunistischen Parolen für die Wiederbewaffnung werbenden

<sup>82</sup> AAN, 1841/2/41, Bl. 140–142, Aufgaben und Empfehlungen der FIR zum zehnten Jahrestag der Befreiung. Sitzung des Exekutivkomitees, 26.–28. 2. 1954.

<sup>83</sup> Ebenda, Bl. 140.

Veteranenblatt *Deutsche Soldatenzeitung* gegenübergestellt.<sup>84</sup> Diese Bilder sollten die Besucher an das Trauma der Besatzung erinnern, das Mitte der 1950er Jahre noch sehr lebendig war. Zusätzlich wurden „Erklärungen der Hitlerfaschisten in der Vergangenheit und die Erklärungen, die sie heute zugunsten der Europa-Armee abgeben“ nebeneinander gezeigt.<sup>85</sup>

Als die EVG am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung abgelehnt wurde, herrschte bei der FIR kurzzeitig Jubel. Doch die Freude währte nur kurz und endete spätestens mit der Londoner Neunmächtekonferenz (28. September bis 3. Oktober 1954), die den Weg für einen westdeutschen NATO-Beitritt freimachte. Auch war die FIR offenbar einer Fehleinschätzung über die Motive für das Scheitern der EVG und der vorangegangenen Massenproteste in Frankreich aufgesessen: Nicht die Wiederbewaffnung, sondern die Einschränkung französischer Souveränität durch die EVG waren für beides verantwortlich. Die EVG sah unter Abschaffung der nationalen Streitkräfte die Aufstellung einer gemeinsamen Armee unter einem amerikanischen Oberbefehlshaber vor, was vor allem in Frankreich auf Ablehnung stieß. Die Gaullisten stimmten aus diesem Grund gegen die EVG, und erreichten zusammen mit den Kommunisten am 30. August eine Mehrheit im Parlament. Dagegen gelang es den französischen Résistance-Verbänden trotz intensiver Bemühungen seit Herbst 1954 nicht mehr, größere Demonstrationen gegen die Wiederbewaffnung zu organisieren.<sup>86</sup>

Diese Entwicklung fiel in die Vorbereitung zur zentralen Veranstaltung der FIR zum zehnten Jahrestag, dem Internationalen Treffen und der Festwoche der Widerstandsbewegung in Wien Ende November 1954.<sup>87</sup> Den Plan hierzu formulierte der polnische Delegierte Edward Kowalski auf der Sitzung des Exekutivkomitees im Februar 1954. Er war vermutlich in Abstimmung mit der Hauptleitung des Verbands der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (*Związek Bojowników o Wolność i Demokrację* – ZBoWiD) und der polnischen Parteiführung entstanden, in deren Apparat Kowalski arbeitete.<sup>88</sup> In Westeuropa sollten abermals überparteiliche, nationale Initiativkomitees gebildet werden.<sup>89</sup> Die kommunistischen Mitgliedsverbände der FIR sollten keinesfalls als Organisatoren des Treffens oder als Initiatoren der Komitees in Erscheinung treten. Auch die FIR rief hierzu nicht öffentlich

<sup>84</sup> Vgl. Internationale Ausstellung der Widerstandsbewegung (in Paris von der FIR aufgestellt), in: *Der Widerstandskämpfer* 2 (1954), S. 16 f.

<sup>85</sup> AAN, 1841/2/41, Bl. 140–142, hier Bl. 140, Aufgaben und Empfehlungen der FIR zum zehnten Jahrestag der Befreiung. Sitzung des Exekutivkomitees, 26.–28. 2. 1954.

<sup>86</sup> Vgl. Risso, *Divided we stand*, S. 259 u. S. 261 f. Zur französischen Debatte um die EVG vgl. auch Roger Faligot/Rémi Kauffer, *Les résistants. De la guerre de l'ombre aux allées du pouvoir (1944–1989)*, [Paris] 1989, S. 268–273.

<sup>87</sup> Vgl. Szurek, *Getreu sich selbst*.

<sup>88</sup> Kowalski wurde auch während seiner Tätigkeit bei der FIR als Mitarbeiter der Auslandsabteilung des Zentralkomitees geführt und war von diesem zur FIR delegiert worden; AAN, 1354, CK XX/4815, Personalakte Edward Kowalski.

<sup>89</sup> AAN, 1841/2/41, Bl. 27–33, hier Bl. 32 f., *Intervention d'Edward Kowalski*. Sitzung des Comité Executif de la FIR, 26.–28. 2. 1954.

auf.<sup>90</sup> Offensichtlich diente dies dazu, die Urheberschaft der FIR zu verschleiern, um in der aufgeheizten antikommunistischen Stimmung den Erfolg des Treffens nicht zu gefährden. In der Praxis übernahm ein Internationales Organisationsbüro die Vorbereitungen, das von Vertretern der FIR dominiert wurde.<sup>91</sup>

Als offizieller Ausrichter trat ein Internationales Initiativkomitee auf, von dessen mehr als 200 Mitgliedern über die Hälfte Nichtkommunisten waren. Ganz im Sinne einer breiten Bündnispolitik erklärten sie, „daß sie vorbehaltlos für ein einziges Ziel wirken: das Vertrauen zwischen den Nationen und den Frieden unter den Völkern bei *Achtung aller Formen der Demokratie* wiederherzustellen“.<sup>92</sup> Die FIR hatte auch den SBNOR eingeladen, der jedoch absagte; schließlich sei man 1950 aus der FIAPP ausgeschlossen worden.<sup>93</sup> Jenseits dieser offiziellen Begründung war ausschlaggebend, dass Jugoslawien die westdeutsche Wiederbewaffnung vorbehaltlos unterstützte, sich für ein vereintes Deutschland aussprach und sogar für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze eintrat.<sup>94</sup> Die Teilnahme an einer Veranstaltung, deren Ziel die Warnung vor „der Gefahr des Wiedererstehens eines deutschen Militarismus und Nazismus“ war,<sup>95</sup> kam damit für den SBNOR nicht in Frage.

Innerhalb der FIR war eine einseitige Verurteilung der westdeutschen Aufrüstung umstritten. Kurz vor Beginn des Treffens diskutierte das Büro der FIR<sup>96</sup> den Entwurf für einen Appell, der auf der Abschlusskundgebung des Wiener Treffens möglichst einstimmig verabschiedet werden sollte. Der französische FIR-Vizepräsident Pierre Villon befürchtete, dass eine alleinige Verurteilung der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 von den französischen Teilnehmern des Treffens, die unterschiedlichen Parteien angehörten, abgelehnt werden würde. Als Kompromiss schlug Villon vor, weder die DDR noch die Bundesrepublik zu erwähnen, und stattdessen allgemein vor einer Wiederaufrüstung Deutschlands zu warnen. Ähnliche Sorgen äußerten auch die italienischen Büro-Mitglieder. Auf Druck der

<sup>90</sup> Ebenda, Bl. 283 f., Rundschreiben des Büros der FIR an alle Mitgliederverbände des Exekutivkomitees, 14. 8. 1954.

<sup>91</sup> Ebenda, Bl. 241 f., Rundschreiben des Internationalen Organisationsbüros an die nationalen Organisationskomitees des Internationalen Treffens und der Festwoche der Widerstandsbewegung, 6. 9. 1954.

<sup>92</sup> Appell des Internationalen Initiativkomitees. Internationales Treffen und Festwoche der Widerstandsbewegung, in: *Der Widerstandskämpfer* 2 (1954), S. 14. Hervorhebung durch den Autor.

<sup>93</sup> Vgl. *Otčet ob učastii sovetskoj delegacii v Meždunarodnoj Vstreče borcov Soprotivlenija i vtorem Kongresse Meždunarodnoj federacii učastnikov dviženija Soprotivlenija (FIR)*, o. D., in: Department for Relations with Foreign Communist Parties (International Department of the Central Committee) 1953–1957. From the holdings of Russian State Archive of Contemporary History, Moscow, Russia. Fond 5, opis 28: Otdel CK KPSS po svjazjam s Inostrannymi Kompartijami (Meždunarodnyj Otdel CK KPSS), Woodbridge 2000, Film 91.

<sup>94</sup> Vgl. Manfred Nebelin, Adenauer, Tito und die Hallstein-Doktrin. Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen 1949–1957, in: *Historische Mitteilungen* 3 (1990), S. 219–226, hier S. 221 f.

<sup>95</sup> Appell des Internationalen Initiativkomitees. Internationales Treffen und Festwoche der Widerstandsbewegung, in: *Der Widerstandskämpfer* 2 (1954), S. 14.

<sup>96</sup> Das Büro war nach dem Exekutivkomitee, dessen Mitglieder gleichzeitig auch im Büro saßen, das zweite Leitungsgremium der FIR.

sowjetischen Delegation beschloss das Büro dann aber einstimmig, dass eine explizite Verurteilung der Pariser Verträge in den Entwurf aufgenommen werden sollte.<sup>97</sup>

Wie die italienischen und französischen Delegierten befürchtet hatten, kam es auf dem Treffen zu hitzigen Debatten. Teile der französischen Delegation lehnten das Papier ab und forderten, dass das Manifest nicht nur gegen die westdeutsche, sondern auch gegen die Aufrüstung in der DDR protestieren müsse.<sup>98</sup> Der Kompromisstext, der der Abschlussversammlung am 28. November vorgelegt wurde, vermied eine explizite Verurteilung der DDR und lautete: „Unter Bruch der unterzeichneten Verträge wird schon wieder von der Wiederaufrüstung Westdeutschlands gesprochen [...]. *Wiederaufrüstung Deutschlands, das ist Verrat an der Widerstandsbewegung, das ist Rehabilitierung des Hitler-Ungeists.*“<sup>99</sup> Vier Anhänger des französischen Premierministers Pierre Mendès France, der die Pariser Verträge unterzeichnet hatte, enthielten sich bei der Abstimmung.<sup>100</sup>

Darüber hinaus forderte das Manifest die „fortschreitende und kontrollierte Abrüstung aller Länder“.<sup>101</sup> Dies stimmte mit Positionen überein, die in der westlichen Friedensbewegung vertreten wurden, in die sich die FIR seit ihrer Gründung einreichte. Sie waren aber wie die dritte Forderung, ein „Friedensvertrag mit einem auf demokratischem Wege vereinten Deutschland“,<sup>102</sup> auch Teil sowjetischer Deutschlandpolitik und Propaganda.<sup>103</sup> Der letzte Punkt hatte mit der wenige Tage zuvor abgegebenen Erklärung Moskaus, dass nach einer Ratifikation der Pariser Verträge über den NATO-Beitritt Westdeutschlands Gespräche über die Einheit hinfällig seien, besondere Brisanz.<sup>104</sup> Dass der liberal gesinnte Robert Scholl, Vater von Hans und Sophie Scholl,<sup>105</sup> oder der Fuldaer Oberbürgermeister

<sup>97</sup> Vgl. Otčet ob učastii sovetskoj delegacii v Meždunarodnoj Vstreče borcov Soprotivlenija, in: Department for Relations with Foreign Communist Parties (International Department of the Central Committee) 1953–1957, Film 91.

<sup>98</sup> Vgl. ebenda, und auch New York Herald Tribune vom 29. 11. 1954: „After Resistance Fighters. WVF's Annual Talks Start in Vienna Today“.

<sup>99</sup> Manifest des Internationalen Treffens und der Festwoche der Widerstandsbewegung. Wiederaufrüstung Deutschlands ist Verrat an der Widerstandsbewegung, in: Der neue Mahnruf 7 (1954), S. 1. Hervorhebung im Original.

<sup>100</sup> Vgl. New York Herald Tribune vom 29. 11. 1954: „After Resistance Fighters. WVF's Annual Talks Start in Vienna Today“.

<sup>101</sup> Manifest des Internationalen Treffens und der Festwoche der Widerstandsbewegung. Wiederaufrüstung Deutschlands ist Verrat an der Widerstandsbewegung, in: Der neue Mahnruf 7 (1954), S. 1.

<sup>102</sup> Ebenda.

<sup>103</sup> Vgl. Benjamin Ziemann (Hrsg.), Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War, Essen 2008, und Gerhard Wettig, Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2011, S. 31.

<sup>104</sup> Vgl. Le Monde vom 26. 11. 1954: „Radio Moscou déclaré. Des négations sur l'Allemagne n'auraient pas de sens après la ratification des accords de Paris“, S. 1.

<sup>105</sup> Robert Scholl (1891–1973) war im Zweiten Weltkrieg wegen Verstoßes gegen das „Heimtückegesetz“ und Hörens ausländischer Rundfunksender zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt worden. Von 1945 bis 1948 war er Oberbürgermeister der Stadt Ulm und

Cuno Raabe (CDU)<sup>106</sup> das Manifest ebenso unterzeichneten wie der langjährige Vorsitzende der französischen, zentristischen radikal-demokratischen Partei Édouard Herriot zeigt, wie attraktiv diese Punkte auch über das kommunistische Lager hinaus waren.<sup>107</sup> Ein ähnlicher Aufruf französischer Résistance-Verbände, in dem nur die Forderung nach einem Friedensvertrag mit Deutschland fehlte, und den neben einer kommunistischen Vereinigung auch antikommunistische Organisationen unterzeichneten, unterstreicht das.<sup>108</sup>

Zur Finanzierung des Festivals rief die FIR zu Spenden auf. Der Münchner Bund der Opfer des Faschismus und des Krieges e.V. unter seinem Vorsitzenden Friedrich Haugg, der auch Mitglied im Internationalen Initiativkomitee war, reagierte mit der Herausgabe von Spendenmarken.<sup>109</sup> Doch letztlich wurde das Budget fast ausschließlich durch Beiträge der Ostblock-Regierungen bestritten.<sup>110</sup> Reise- und Aufenthaltskosten mussten die Delegierten beziehungsweise deren Verbände tragen, die auch die Kosten für die Zusammenstellung und den Transport der Exponate für die geplanten Ausstellungen übernahmen.<sup>111</sup>

Im Rahmen der Festwoche gab es für eine breite Öffentlichkeit eine Bücherschau und eine Ausstellung mit Werken von Künstlern zu sehen, die in der Widerstandsbewegung aktiv gewesen waren. Zu sehen waren Gemälde, Zeichnungen,

---

in dieser Funktion nicht unumstritten. 1952 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Gesamtdeutschen Volkspartei, die für ein vereintes, neutrales Deutschland warb; vgl. Alexander Gallus, *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990*, Düsseldorf 2001, S. 453 f.

<sup>106</sup> Cuno Raabe (1888–1971) zählte im Zweiten Weltkrieg zum Kreis um Carl Friedrich Goerdeler und sollte nach einem erfolgreichen Umsturz Verkehrsminister werden. Nach dem 20. 7. 1944 verhaftet, war er bis 25. 4. 1945 in Haft. Nach dem Krieg gründete er die hessische CDU mit, war von 1946 bis 1962 Vizepräsident des hessischen Landtags und Mitglied des Bundesvorstands der CDU.

<sup>107</sup> AAN, 1841/2/45, Bl. 63–95, Die Aufgaben der FIR nach ihrem II. Kongress. Für die weitere Stärkung der Einheit der Widerstandskämpfer im Kampf gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus. Bericht des Sekretärs der FIR auf der Tagung des Büros der FIR, 23.–24. 1. 1955. Vgl. auch Beim Wiener Treffen. Die Widerstandskämpfer aller Nationen nehmen Stellung gegen eine neue Wehrmacht, in: *Der Widerstandskämpfer* 2 (1954), S. 22 f.

<sup>108</sup> Vgl. April. Monat des Gedenkens, in: *Der Widerstandskämpfer* 3 (1955), S. 18 f., hier S. 18.

<sup>109</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IFZ-Archiv), ED 709/2, Rundschreiben Nr. 1 des Bunds Opfer des Faschismus, September 1954.

<sup>110</sup> Überliefert sind lediglich ein Kostenvorschlag und eine Aufstellung über die geleisteten Zahlungen der Ostblockstaaten. Demnach kalkulierte die FIR im Mai 1954 mit Gesamtkosten von 1.001.500 Österreichischen Schilling und verbuchte bis März 1955 insgesamt Einnahmen in Höhe von 936.096,73 Österreichischen Schilling, die aus der UdSSR, Polen, der DDR, Bulgarien, Rumänien, der CSSR und Ungarn kamen. Woher der Rest stammte oder ob die Veranstaltung weniger kostete als veranschlagt geht aus den Unterlagen nicht hervor; vgl. *Smeta po organizaciji Meždunarodnoj Vstreči učastnikov dvizenija Soprotivljenija i 2-go Kongressa FIR* vom 12. 5. 1954, in: Department for Relations with Foreign Communist Parties (International Department of the Central Committee) 1953–1957, Film 65, und Schreiben der FIR (Generalsekretär André Leroy) an Čikalenko vom 9. 3. 1955, in: Ebenda, Film 91.

<sup>111</sup> AAN, 1841/2/42, Bl. 6–9, hier Bl. 8, Tagung des Büros der FIR. Das Internationale Treffen und die Festwoche der Widerstandsbewegung, 14.–15. 9. 1954.

Plastiken und Modelle beziehungsweise Entwürfe von Denkmälern.<sup>112</sup> Eine internationale Ausstellung informierte die Besucher über den Widerstandskampf, der mit Fotos und Dokumenten illustriert wurde, darunter zahlreiche illegale Publikationen aus der Zeit von 1939 bis 1945. Wie die Kunstaussstellung war auch diese Schau in nationale Sektionen unterteilt. Anders als in der Pariser Ausstellung vom Mai 1954 verzichtete man in Wien darauf, direkte Kontinuitätslinien zwischen dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik zu ziehen.<sup>113</sup>

Ein Höhepunkt des Treffens war das Filmfestival, nach dessen Vorbild bis Mai 1955 in Italien, Polen und Luxemburg ähnliche Veranstaltungen stattfanden.<sup>114</sup> Gezeigt wurden Spiel- und Dokumentarfilme über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die deutsche Besatzung. Zehn Länder beteiligten sich – darunter Staaten wie Polen, die Sowjetunion, Bulgarien, Frankreich und Italien, deren jeweilige Geschichte im Zweiten Weltkrieg einen stark unterschiedlichen Verlauf genommen hatte.<sup>115</sup> Ziel war es, über das Medium Film die Aktivitäten des Widerstands in anderen Ländern einem österreichischen Publikum und den Teilnehmern des Internationalen Treffens zu vermitteln. Es ging aber auch darum, ein ideologisch geprägtes Geschichtsbild zu transportieren.<sup>116</sup> Schauspieler und Regisseure führten in die Filme ein, mitunter traten auch Personen auf, die nur indirekt mit den Filmen zu tun hatten: So sprach Ljubov' Kosmodem'janskaja vor der Aufführung des Films „Zoja“, der das Leben ihrer 1941 von den Deutschen als Partisanin hingerichteten 18-jährigen Tochter verklärte.<sup>117</sup>

Zu den eindrücklichsten Beiträgen zählte der Spielfilm „Die letzte Etappe“ (*Ostatni etap*, 1948) der polnischen Regisseurin Wanda Jakubowska über Auschwitz.<sup>118</sup> Er ist ein Zeugnis für das Bemühen der Überlebenden, die Erinnerung an das Lager zu bewahren: Jakubowska und ihre Mitarbeiterin, die deutsche Kommunistin Gerda Schneider, waren selbst Häftlinge gewesen, unter den Schauspielern befanden sich viele Überlebende. In Polen war das Drehbuch zunächst auf Vorbehalte gestoßen – die Behörden fürchteten, dass die Darstellung auch Assozi-

<sup>112</sup> Ausstellung Kunst und Widerstand. Malerei – Graphik – Plastik. Internationales Treffen und Festwoche der Widerstandsbewegung, Wien 1954. Die Broschüre ist im DöW, 51616/66, überliefert und enthält lediglich ein Verzeichnis der gezeigten Werke.

<sup>113</sup> Vgl. Eine Ausstellung über die Geschichte des europäischen Widerstandskampfes, in: Der Widerstandskämpfer 2 (1954), S. 29f.

<sup>114</sup> AAN, 1841/2/94, Bl. 258–261, hier Bl. 258, Rundschreiben des Büros der FIR an alle Verbände, 10. 1. 1955.

<sup>115</sup> Vgl. Günther Eulau, Dokumente eines echten Humanismus, in: Der Widerstandskämpfer 2 (1954), S. 11–14.

<sup>116</sup> Vgl. Szurek, Getreu sich selbst.

<sup>117</sup> Vgl. Filmfestwoche des Widerstandes, in: Der neue Mahnruf 6 (1954), S. 11.

<sup>118</sup> Zu Inhalt, Entstehungsgeschichte und Rezeption vgl. Marek Haltof, Polish Film and the Holocaust. Politics and Memory, New York/Oxford 2014, S. 28–53; Frank van Free, Auschwitz liegt in Polen. Krieg, Verfolgung und Vernichtung im polnischen Film 1945–1963, in: Waltraud „Wara“ Wende (Hrsg.), Der Holocaust im Film. Mediale Inszenierung und kulturelles Gedächtnis, Heidelberg 2007, S. 41–59, und Hanno Loewy, The Mother of all Holocaust Films? Wanda Jakubowska's Auschwitz Trilogy, in: Historical Journal of Film, Radio and Television 24 (2004), S. 179–204.

ationen mit den sowjetischen Lagern wecken könnte – weswegen sich die Regisseurin an Michail Kalatozov,<sup>119</sup> den Leiter der Hauptverwaltung der sowjetischen Spielfilmproduktion, wandte, der das Manuskript an Andrej Ždanov weiterleitete. Letztlich gelangte es auf Stalins Schreibtisch, der – angeblich zu Tränen gerührt – dem Projekt seinen Segen gab. Trotzdem erfuhr das Skript noch mehrfache Überarbeitungen auf Druck der polnischen Behörden.<sup>120</sup>

Aufgrund seiner realitätsnahen Darstellung von Auschwitz war der Film nicht nur in kommunistischen Milieus anschlussfähig, sondern wurde auch in einer Ausstellung des staatlichen französischen *Comité d'histoire de la Seconde Guerre mondiale* vorgeführt, die im Herbst 1954 in Paris eröffnet und vor allem von Schulklassen besucht wurde.<sup>121</sup> Der Film machte deutlich, dass vor allem Juden vergast wurden. Gezeigt wurde auch das unsolidarische Verhalten mancher Häftlinge und der als bourgeoise Lebefrauen dargestellten Kapos, die sich Lebensmittel und Medikamente auf Kosten der anderen Häftlinge beschafften und untereinander Luxusgüter tauschten.<sup>122</sup> Im Mittelpunkt stehen jedoch ideologisch korrekt die internationale Solidarität der „einfachen“ Häftlinge und der kommunistische Lagerwiderstand. Ihre Hoffnungen richteten die Gefangenen mit geradezu religiöser Inbrunst auf Stalin.<sup>123</sup> Mit der Jüdin Martha als Hauptfigur, die als Dolmetscherin für die SS arbeitet, zeigte der Film zudem Polinnen und Jüdinnen als im Widerstand geeint und idealisierte damit das in der Realität schwierige polnisch-jüdische Verhältnis.<sup>124</sup> Während am Ende des Films sowjetische Flugzeuge die bevorstehende Befreiung ankündigen, sagt die sterbende Martha zu ihrer Mitgefangenen Helena: „Lasst nicht zu, dass Auschwitz sich wiederholt.“ „Wir werden es nicht zulassen“, antwortet Helena, womit das zentrale Anliegen der Überlebenden eindringlich dargestellt wurde.<sup>125</sup> Gleichzeitig war dieses „Nie wieder“ aber auch Teil der Kampagne gegen die Wiederbewaffnung, die Wiederkehr der Konzentrationslager war eines der zentralen Schreckensszenarien.

Das Wiener Treffen war auch deshalb überaus erfolgreich, weil die Organisatoren weitestgehend auf eine einseitige politische Instrumentalisierung verzichtet hatten. Zahlreiche Wienerinnen und Wiener hatten teilgenommen: 12.000 Menschen hatten die Filmfestspiele besucht, in den Ausstellungen (die nur eine Woche geöffnet waren) waren mehrere tausend Besucher gezählt worden, 2.500 waren beim abschließenden Galaabend im Konzerthaus anwesend. Wichtiger war

<sup>119</sup> Michail Kalatozov (1903–1973) war ein sowjetischer Filmregisseur, dessen bekanntestes, auch im Westen erfolgreiches Werk „Letjat žuravli“ (dt. „Wenn die Kraniche ziehen“) von 1957 stammt. 1946/47 wurde er stellvertretender Staatssekretär für das Filmwesen.

<sup>120</sup> Vgl. Haltof, Polish Film, S. 32.

<sup>121</sup> Vgl. Dreyfus, Ami, si tu tombes, S. 117f.

<sup>122</sup> Vgl. „The Last Stage. A film“. Buch und Regie: Wanda Jakubowska, Sarasota 2009.

<sup>123</sup> Vgl. Haltof, Polish Film, 37.

<sup>124</sup> Vgl. Michael C. Steinlauf, *Bondage to the Dead. Poland and the Memory of the Holocaust*, Syracuse 1997; Barbara Engelking/Helga Hirsch (Hrsg.), *Unbequeme Wahrheiten. Polen und sein Verhältnis zu den Juden*, Frankfurt a. M. 2008; Jan Tomasz Gross, *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001, und Marek Jan Chodakiewicz, *Żydzi i Polacy 1918–1955. Współistnienie, zagłada, komunizm*, Warschau 2000.

<sup>125</sup> Vgl. *The Last Stage. A film*.

aus Sicht der FIR, dass eine große Anzahl von Unterstützungserklärungen eingegangen war. Personen, die nicht im Verdacht standen, den Kommunisten nahezustehen, waren nach Wien gereist und hatten das Manifest unterzeichnet, obwohl etwa in Belgien die Behörden schon im Vorfeld Druck auf die Mitglieder des nationalen Initiativkomitees ausgeübt hatten.<sup>126</sup> Nach Abschluss des Treffens forderte die FIR ihre Mitgliedsverbände auf, weitere Unterschriften von bekannten Personen einzuholen.<sup>127</sup>

Trotz einer breiten Beteiligung von Nichtkommunisten – von den etwa 200 Mitgliedern des Internationalen Initiativkomitees gehörte mehr als die Hälfte einer anderen oder gar keiner Partei an<sup>128</sup> – wurde das Wiener Treffen außerhalb des kommunistischen Milieus kaum wahrgenommen. Internationale Zeitungen berichteten fast nicht; lediglich in der *New York Herald Tribune* erschien ein Artikel, der von den Differenzen um die Formulierungen im Wiener Manifest berichtete und das Treffen als kommunistische Veranstaltung diffamierte. Dies fiel umso leichter, weil viele Mitglieder der Kommunistischen Partei Österreichs – darunter auch der Vorsitzende Johann Koplénig – und ihrer Vorfeldorganisationen teilnahmen.<sup>129</sup> In Westdeutschland und in Österreich wurde die Veranstaltung außer in kommunistischen Blättern gar nicht erwähnt.<sup>130</sup> Dieses Totschweigen in der nichtkommunistischen Presse ging so weit, dass die in Wien erscheinende sozialdemokratische *Arbeiterzeitung* die Kinos, die Festivalfilme zeigten, an den entsprechenden Tagen aus ihrem Kinoprogramm nahm – so, als fände keine Vorstellung statt.

Auch die österreichische Regierung nahm keinerlei Notiz. Während Außenminister Leopold Figl (Österreichische Volkspartei) Anfang Dezember 1954 in Wien den Kongress des nichtkommunistischen Weltfrontkämpferbunds eröffnete, erschien zu keiner Veranstaltung des Wiener Treffens ein offizieller Vertreter Österreichs. Verantwortlich dafür war das antikommunistische Klima: Auch Veranstaltungen anderer, von Kommunisten dominierter internationaler Nichtregierungsorganisationen wie des Weltfriedensrats oder des Weltgewerk-

<sup>126</sup> AAN, 1841/2/45, Bl. 63–95, hier Bl. 69 u. Bl. 71, Die Aufgaben der FIR nach ihrem II. Kongress. Für die weitere Stärkung der Einheit der Widerstandskämpfer im Kampf gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus. Bericht des Sekretariats auf der Tagung des Büros der FIR, 23.–24. 1. 1955.

<sup>127</sup> Vgl. Nach dem Wiener Treffen..., in: Der Widerstandskämpfer 3 (1955), S. 12f.

<sup>128</sup> Vgl. N. Čikalenko: Otčet ob učastii sovetskogo predstavitelja v zasedanii sekretariata Meždunarodnoj Federazii učastnikov dviženija soprotivlenija i iniziativnogo komiteta po provodiju Meždunarodnoj vstreči učastnikov dviženija soprotivlenija, priuročenoj k 10-j godovščine osvoboženija ot gitlerovskoj okkupazii (23–25 ijulja 1954 r.), 7. 8. 1954, in: Department for Relations with Foreign Communist Parties (International Department of the Central Committee) 1953–1957, Film 65.

<sup>129</sup> Vgl. Otčet ob učastii sovetskoj delegacii v Meždunarodnoj Vstreče borcov Soprotivlenija, in: Ebenda, Film 91.

<sup>130</sup> AAN, 1841/2/45, Bl. 63–95, hier Bl. 83, Die Aufgaben der FIR nach ihrem II. Kongress. Für die weitere Stärkung der Einheit der Widerstandskämpfer im Kampf gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus. Bericht des Sekretariats auf der Tagung des Büros der FIR, 23.–24. 1. 1955.

schaftsbunds, die in den 1950er Jahren häufig in Wien tagten, wurden von der österreichischen Regierung und Presse übergangen.<sup>131</sup> Parallel dazu vollzog sich eine Veränderung in der österreichischen Erinnerungskultur: An die Stelle des Widerstands, der in der Folge immer mehr an den Rand gedrängt wurde, trat das Gedenken an die gefallenen Wehrmachtssoldaten.<sup>132</sup> Hinzu kam der eskalierende Konflikt zwischen dem KZ-Verband, der als Mitglied der FIR eigene Veranstaltungen im Rahmen des Internationalen Treffens organisierte, und der österreichischen Regierung um die Gestaltung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.<sup>133</sup>

Nach dem Willen der FIR, die im Januar 1955 ihre Bürositzung in Warschau abhielt, sollten die Befreiungsfeiern in den ehemaligen Konzentrationslagern noch einmal dem Protest gegen den westdeutschen Militärbeitrag dienen.<sup>134</sup> Den Auftakt bildete im Januar 1955 eine Kundgebung im ehemaligen Stammlager Auschwitz, an der neben mehreren hundert Einwohnern von Oświęcim und früheren polnischen Häftlingen auch Delegationen aus Frankreich und Vertreter der FIR teilnahmen.<sup>135</sup> Die französische Abordnung überreichte dem Direktor des Auschwitz-Museums eine in die Trikolore gehüllte Urne mit Erde von den „faschistischen Hinrichtungsstätten“ in Frankreich.<sup>136</sup> Bei einer abschließenden Totenmesse in der Kapelle von Auschwitz richteten die dort versammelten 60 polnischen Priester an ihre französischen Amtsbrüder „und an alle Gläubigen in der ganzen Welt den Aufruf, alle Kräfte zu vereinen, um den Frieden zu erhalten und neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern“.<sup>137</sup>

Im Januar und Februar 1955 erlebte die westdeutsche, überparteiliche Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung mit dem Deutschen Manifest, das von 100.000 Menschen unterzeichnet wurde, und zehn Massendemonstrationen einen letzten Höhepunkt. Als am 27. Februar der Deutsche Bundestag die Pariser Verträge ratifizierte, brachen die Proteste auch in Westdeutschland zusammen.<sup>138</sup> Obwohl auch der *Conseil de la République* am 27. März den französischen Ratifikationsprozess abschloss und es damit keine realistische Chance mehr gab, die Wiederbewaffnung zu verhindern, blieb die Remilitarisierung Westdeutschlands das zentrale Thema der Befreiungsfeiern im Ostblock. Die größte Kundgebung fand

<sup>131</sup> Foreign Service Despatch vom 24. 11. 1954, in: Records of the U.S. Department of State Relating to the Internal Affairs of Austria 1950–1954, Bd. 3, [Washington] 1987, Dok.-Nr. 763.00 (W)/1.1–2454.

<sup>132</sup> Vgl. Perz, KZ-Gedenkstätte, S. 119.

<sup>133</sup> Vgl. ebenda, S. 144.

<sup>134</sup> AAN, 1841/2/45, Bl. 13–31, Zehnjahresfeier der Befreiung der Konzentrationslager. Bericht von Alexander Szurek auf der Tagung des Büros der FIR, 23.–24. 1. 1955.

<sup>135</sup> Ebenda, Bl. 28–31, *Thumaczenie z francuskiego „Le Déporte“*, Ausgabe Februar/März, und Bl. 32 f., *Thumaczenie z francuskiego „Le Patriote Résistant“*, Ausgabe März 1955.

<sup>136</sup> Neues Deutschland vom 29. 1. 1955: „Mahnendes Gedenken in Auschwitz. Polnische und französische Antifaschisten ehrten die 4 Millionen Ermordeten“.

<sup>137</sup> Ebenda.

<sup>138</sup> Vgl. Jost Dülffer, Die Protestbewegungen gegen Wiederbewaffnung 1951–55 und atomare Aufrüstung 1957/58 in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Vergleich, in: Martin Kröger/Ulrich S. Soénius/Stefan Wunsch (Hrsg.), Jost Dülffer. Im Zeichen der Gewalt. Frieden und Krieg im 19. und 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 205–218, hier S. 208.

am 17. April wiederum in Auschwitz statt, wo sich bis zu 150.000 Teilnehmer versammelt hatten, davon 200 aus dem Ausland. Als Organisator der Feier in Auschwitz trat der ZBoWiD auf, der sich eng mit der polnischen Parteiführung abstimmte. Involviert waren auch das Internationale Auschwitz-Komitee (IAK) und die FIR.<sup>139</sup> Das IAK hatte nach dem Vorbild des Wiener Treffens ein „internationales Patronagekomitee“ gegründet, in dem prominente Wissenschaftler, Künstler und Politiker vertreten waren.<sup>140</sup> Wesentliche Elemente der Inszenierung waren von der FIR vorgegeben worden und folgten dem Vorbild der Buchenwaldfeier von 1954. Im Mittelpunkt stand eine Urnenzeremonie, während die ausländischen Delegierten Asche und Erde von Orten nationalsozialistischer Verbrechen in eine vorbereitete Kanope schütteten, die als neues, allerdings nur provisorisches Denkmal am Ende der Rampe in Birkenau aufgebaut worden war.<sup>141</sup>

Die Feiern verliefen im Ostblock überall nach einem ähnlichen Muster.<sup>142</sup> Westeuropäische Delegationen, in denen auch Nicht- und Antikommunisten in großer Zahl Mitglied waren, nahmen nicht nur teil; ihre Vertreter ergriffen auch das Wort. In Auschwitz war die Vorsitzende der französischen *Amicale*, Marie Normand, die Hauptrednerin, die Kundgebung am 11. April 1955 in Buchenwald eröffnete ein ehemaliger französischer Häftling.<sup>143</sup>

Die Ansprachen der ausländischen, auch der westlichen Vertreter, blieben in den Bahnen, die die ostdeutschen und polnischen Vertreter beschränkten, unterschieden sich aber in wichtigen Punkten. Normand erinnerte wie der polnische Ministerpräsident und frühere Auschwitz-Häftling Józef Cyrankiewicz, der anschließend sprach, an die Schrecken der Konzentrationslager, würdigte den Widerstand im Lager und verurteilte die westdeutsche Wiederbewaffnung scharf. Doch während Normand an die internationale Dimension des Lagers erinnerte, versuchte Cyrankiewicz, das Erbe von Auschwitz für die kommunistische Regierung nutzbar zu machen und national zu vereinnahmen. Schon seine Teilnahme zeigt, dass Auschwitz erneut Priorität in der polnischen Geschichtspolitik hatte, nachdem in den Jahren des Stalinismus auch ein Abriss des Lagers erwogen worden war. In den folgenden Jahrzehnten wurde die Gedenkstätte zum zentralen polnischen Gedenkort an die NS-Besatzung.<sup>144</sup> Die Aneignung der ehemaligen Konzentrationslager für die nationale Geschichte war kein polnisches Spezifikum; die DDR vollzog sie mit der 1955 erfolgten Gründung des Kuratoriums Na-

<sup>139</sup> Vgl. Imke Hansen, „Nie wieder Auschwitz!“ Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945–1955, Göttingen 2015, S. 277 f., und Huener, *Auschwitz*, S. 114–117.

<sup>140</sup> AAN, 1841/2/94, Bl. 277 f., Schreiben des Internationalen Auschwitz-Komitees, 2. 3. 1955.

<sup>141</sup> Ebenda, Bl. 271 f., Schreiben des Generalsekretärs der FIR (André Leroy) an den ZBoWiD, 5. 3. 1955.

<sup>142</sup> Für eine Beschreibung der Feiern, an deren Ablauf sich über die Jahrzehnte kaum etwas änderte, vgl. Alexander Prenninger, „Das schönste Denkmal, das wir den gefallenen Soldaten der Freiheit setzen können...“. Über den Nutzen und den Gebrauch ritualisierten Gedenkens in österreichischen und deutschen KZ-Gedenkstätten, in: *Jahrbuch. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* 19 (2004), S. 113–134.

<sup>143</sup> Vgl. Der 10. Jahrestag der Befreiung von Buchenwald, in: *Der Widerstandskämpfer* 3 (1955), S. 21.

<sup>144</sup> Vgl. Hansen, *Nie wieder Auschwitz*, S. 277–282, und Huener, *Auschwitz*, S. 112–143.

tionale Mahn- und Gedenkstätten zeitgleich.<sup>145</sup> Die Internationalisierung der KZ-Gedenkstätten stand in einem Spannungsverhältnis zur staatlichen Vereinnahmung. Getragen wurde erstere in erster Linie durch die ehemaligen Häftlinge, die in den 1950er Jahren Internationale Lagerkomitees gründeten. So entstanden zwischen 1952 und 1956 außer dem IAK Internationale Komitees von Buchenwald,<sup>146</sup> Mauthausen,<sup>147</sup> Dachau<sup>148</sup> und Ravensbrück. Das Ravensbrück-Komitee konnte erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der 1959 eröffneten Nationalen Mahn- und Gedenkstätte nehmen,<sup>149</sup> erfreute sich also gewiss der Unterstützung durch die DDR-Führung,<sup>150</sup> die damit hoffte, ihr internationales Prestige zu stärken.

Anders als in der DDR und Polen fanden in Westdeutschland und Österreich aufgrund der Erinnerungs- und politischer Konflikte 1955 getrennte Veranstaltungen statt. In Österreich war der von persönlichen Animositäten geprägte Streit zwischen Innenminister Oskar Helmer von der Sozialistischen Partei Österreichs, dessen Haus für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen zuständig war, und dem kommunistischen KZ-Verband vollends eskaliert.<sup>151</sup> So kam trotz der gerade abgeschlossenen Verhandlungen zum Staatsvertrag und der geplanten Enthüllung des Denkmals des österreichischen Staats zu Ehren der sowjetischen Opfer keine gemeinsame Feier zustande. Am 7. Mai 1955 weihte Helmer das Denkmal ein, ohne dass Vertreter des KZ-Verbands zugegen waren. Dieser hielt seine Feier, an der sich tausende ehemalige Häftlinge aus ganz Europa beteiligten, am nächsten Tag ab. Die FIR war mit Präsident Manhès vertreten. Am 15. Mai fand zudem eine Veranstaltung der Israelitischen Kultusgemeinden statt, die sich aus Protest gegen die Unterschlagung der jüdischen Opfer des KZ auf den Tafeln in der Gedenkstätte nicht an den anderen Feiern beteiligt hatten.<sup>152</sup>

<sup>145</sup> Vgl. Edgar Wolfrum, Die beiden Deutschland, in: Knigge/Frei (Hrsg.), Verbrechen erinnern, S. 153–169, hier S. 163.

<sup>146</sup> Vgl. Neumann-Thein, Parteidisziplin, und Generalsekretariat der VVN (Hrsg.), Internationale Tagung ehemaliger politischer Häftlinge in Weimar. 24.–25. Oktober 1952, Berlin 1952.

<sup>147</sup> Vgl. Perz, KZ-Gedenkstätte, S. 135, und Internationales Mauthausenkomitee (Hrsg.), Internationales Treffen der ehemaligen Häftlinge und der Familien der Hingerichteten des Lagers Mauthausen, Wien 1953.

<sup>148</sup> Vgl. Marcuse, Legacies, S. 242–244.

<sup>149</sup> Vgl. Amesberger/Lercher, Lebendiges Gedächtnis, S. 70, und Bärbel Schindler-Saefkow, Über die Gründung und die Tätigkeit des Internationalen Ravensbrück-Komitees (IRK), in: Sigrid Jacobeit/Bärbel Schindler-Saefkow (Hrsg.), Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück 1945–2005. 60 Jahre Befreiung, Fürstenberg a. d. Havel 2005, S. 40 f.

<sup>150</sup> Vgl. Susan Hogervorst, Female Resistance Fighters. National Memory Cultures and the International Ravensbrück Committee, in: Ene Kõresaar/Epp Lauk/Kristin Kuutma (Hrsg.), The burden of remembering. Recollections & representations of the 20th century, Helsinki 2009, S. 76–92, hier S. 80.

<sup>151</sup> Vgl. Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien/Köln/Weimar 1993.

<sup>152</sup> Vgl. 10 Jahre befreites Mauthausen. Ein machtvolles Bekenntnis für Friede und Völkerverständigung, in: Der neue Mahnruf 8 (1955), S. 1 u. S. 5, und Perz, KZ-Gedenkstätte, S. 144–150.

Ähnlich verhärtet waren die Fronten im Gedenken um Neuengamme. Während die schleswig-holsteinische Landesregierung am 3. Mai einen Staatsakt unweit der Untergangsstelle der Cap Arcona abhielt, die 1945 nach einem britischen Fliegerangriff mit 7.000 Häftlingen aus dem KZ an Bord gekentert war, kam es beim Gedenkmarsch, an dem etwa 2.000 ehemalige Häftlinge aus dem In- und Ausland teilnahmen, zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Hamburger Polizei, als diese versuchte, die Fahne mit dem „Roten Winkel“ – dem Kennzeichen der politischen Gefangenen – herunterzureißen.<sup>153</sup>

Dagegen hatte es in Dachau noch in letzter Minute Versuche gegeben, eine gemeinsame Feier zu veranstalten. Diese kam zwar aus organisatorischen Gründen nicht zustande, doch gab es eine klar erkennbare Tendenz, die Spaltung der ehemaligen Verfolgten zwischen dem strikt antikommunistischen Landesrat für Freiheit und Recht (LFR) und den kommunistischen Verfolgten zu überwinden.<sup>154</sup> Dies fand auch in den Reden auf einem Treffen westeuropäischer KZ-Häftlinge am 23. und 24. April in München und auf der Feier der linken Verfolgtenorganisationen am 7. und 8. Mai in Dachau seinen Ausdruck, die sich nicht nur rhetorisch ähnelten, sondern auch inhaltlich auf eine Annäherung der verschiedenen Gruppen zielten. Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner (SPD) kritisierte als Festredner am 23. April in der Münchner Residenz die antisowjetische Propaganda, die Nationalsozialismus und Kommunismus gleichsetze und damit die NS-Verbrechen herunterspiele. „Wenn etwas die Schande jener 12 Jahre abwaschen kann, so sind es Werke des Friedens. Und deshalb denken wir Überlebenden heute nicht an Rache, sondern an die Werke des Friedens, die getan werden müssen, wenn die Zukunft der Menschheit nicht gefährdet werden soll.“<sup>155</sup> Hoegner forderte genauso wie die kommunistischen Verfolgten „Gerechtigkeit für die Opfer jener Blutzzeit“ und beklagte ähnlich wie FIR und VVN, dass zehn Jahre nach Kriegsende viele noch immer „auf eine bescheidene Genugtuung warten“.<sup>156</sup>

Auf der Kundgebung in Dachau am 8. Mai, an der 3.000 Menschen, darunter Delegationen ehemaliger Häftlinge von beiden Seiten des „Eisernen Vorgangs“, teilnahmen, erklärten Redner aus der DDR und aus Frankreich übereinstimmend, dass es die ehemaligen Häftlinge niemals zulassen würden, „daß die SS-Tyrannie [...] wieder über die Freiheit triumphieren könne“.<sup>157</sup> Die Gemeinsamkeiten gingen so weit, dass mit Josef Walter sogar ein Vertreter des LFR das Wort ergriff und es in seiner Ansprache ablehnte, „unsere gemeinsamen Peiniger wie-

<sup>153</sup> Vgl. Die Ziele verwirklichen, für die Millionen Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg ihr Leben opferten!, in: Die Tat 6 (1955), S. 5, und Siebentausend mußten ihr Leben lassen! Der Untergang der „Cap Arcona“ und der „Thielebeck“, in: Das freie Wort 6 (1955) S. 246 f.

<sup>154</sup> Vgl. Marcuse, Legacies, S. 243 f.

<sup>155</sup> Schwäbische Landeszeitung vom 25. 4. 1955: „Schandtaten des Naziregimes zu schnell vergessen. Zum 10. Jahrestag der Befreiung aus dem Konzentrationslager Dachau“.

<sup>156</sup> Ebenda.

<sup>157</sup> Münchner Merkur vom 10. 5. 1955: „Schweigemarsch zum Leitenberg“.

der zu bewaffnen“.<sup>158</sup> Weitere verbindende Elemente waren neben der gemeinsamen Verfolgungserfahrung die Forderungen, für Frieden und die durch einen Atomkrieg bedrohte Zukunft der Menschheit einzutreten und die Abkehr von der NS-Vergangenheit durchzusetzen.

Das „Wiedererstehen des deutschen Militarismus“ blieb auch in den nächsten Jahren zentrales Thema der FIR: zunächst ab 1956 in der Kampagne gegen die Ernennung des deutschen Generals Hans Speidel zum Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa,<sup>159</sup> dann in den Protesten gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.<sup>160</sup> In der „Affäre Speidel“ setzte sich auch der Konflikt zwischen linksgerichteten und antikommunistischen NS-Verfolgten fort: Während 16 französische Deportierte und Widerstandskämpfer sich in einer Erklärung für Speidel aussprachen, griffen die FIR und vor allem ihre französischen Mitgliedsverbände ihn als Kriegsverbrecher an.<sup>161</sup>

## V. Schluss

Filmfestspiele und Ausstellungen über die Geschichte der Widerstandsbewegung sollten insbesondere die NS-Verfolgten, aber auch die Bevölkerung über das Leiden und die Aktionen des Widerstands anderer Länder informieren. Kunstausstellungen dienten neben der Präsentation künstlerischer Auseinandersetzungen mit dem Widerstand und den NS-Verbrechen dazu, spezifische Formen des Gedenkens im Ausland zu verbreiten, etwa durch die Präsentation von Denkmalsentwürfen.<sup>162</sup> Die FIR schuf in Aufrufen und ihrer Zeitschrift eine gesamteuropäische Erzählung des Widerstands, die es jedoch nicht schaffte, über die Organisation hinaus eine wirkliche Breitenwirkung zu entfalten. Die Ursache hierfür war nicht, dass das Narrativ nicht anschlussfähig gewesen wäre, sondern dass die FIR als

<sup>158</sup> Eindrucksvolle Manifestation des europäischen Widerstands. Delegationen aus Frankreich, Österreich, Belgien, Holland, Italien und der DDR, in: Die Tat 6 (1955), S. 4 f., hier S. 4.

<sup>159</sup> Die Nominierung Speidels war auch außerhalb des Milieus der NS-Verfolgten heftig umstritten; IfZ-Archiv, ZA, Speidel, Hans 50/8–82/10.

<sup>160</sup> Vgl. Susanna Schrafstetter, *The Long Shadow of the Past. History, Memory and the Debate over West Germany's Nuclear Status, 1954–69*, in: *History & Memory* 16 (2004), S. 118–145.

<sup>161</sup> Hans Speidel fungierte seit August 1940 bis zu seiner Versetzung an die Ostfront um die Jahreswende 1941/42 als Stabschef beim Militärbefehlshaber Frankreich. In dieser Funktion war er auch mitverantwortlich für sogenannte Sühnemaßnahmen nach Attentaten auf Wehrmachtsangehörige, also für Geiselnahmen, Erschießungen und Deportationen. Im April 1944 kehrte er als Stabschef der Heeresgruppe B nach Frankreich zurück und wurde Anfang September im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20.7.1944 verhaftet. Zu den Vorwürfen vgl. Jean-Claude Faïeur, *Crime de fidélité ou Speidel à Fontainebleau, l'affront fait à la France, Cause-de-Clérans* 2008; zum Gesamtzusammenhang vgl. auch Sven Olaf Berggötz, Ernst Jünger und die Geiseln. Die Denkschrift von Ernst Jünger über die Geislerschießungen in Frankreich 1941/42, in: VfZ 51 (2003), S. 405–472.

<sup>162</sup> AAN, 1841/2/42, Bl. 194–198, hier Bl. 194, Rundschreiben des Internationalen Organisationsbüros an die nationalen Vorbereitungscommittees des Internationalen Treffens und der Festwoche der Widerstandsbewegung, 7. 10. 1954.

kommunistische Frontorganisation angeprangert wurde,<sup>163</sup> die die Unterwanderung Westeuropas zum Ziel habe.

Die FIR war zwar fast ausschließlich aus Mitteln der volksdemokratischen Regierungen finanziert,<sup>164</sup> die Überparteilichkeit ihrer Leitungsgremien stand nur auf dem Papier, und sie ließ sich willig in die sowjetische Propagandamaschine einspannen. Doch ist dies nur die eine Seite der Medaille: Zwar stellte sich die FIR in der Wiederbewaffnungsdebatte unzweifelhaft in den Dienst sowjetischer Außenpolitik und Propaganda, doch entsprang das Engagement der ehemaligen NS-Gegner eben auch einer aus dem Widerstandskampf vor 1945 und der KZ-Haft gewonnenen Überzeugung, dass Deutschland ohne hinreichende Entnazifizierung weiterhin gefährlich sei. Die Ignoranz, mit der man der ostdeutschen Aufrüstung begegnete, war dabei neben einer kommunistischen Geisteshaltung auch dem tiefverwurzelten Glauben geschuldet, dass in der DDR der Nationalsozialismus tatsächlich überwunden sei.<sup>165</sup>

Die extensiven Gedenkfeiern des Widerstands über eineinhalb Jahre, die Betonung seiner Leistungen für die Befreiung und die Forderung, jetzt endlich die Ideale zu verwirklichen, für die man gekämpft hatte, offenbarten auch das mangelnde Selbstverständnis und den sinkenden öffentlichen Einfluss seiner Protagonisten. In Westeuropa wurden ehemalige Partisanen für Straftaten verfolgt, die sie im zeitlichen Umfeld der Befreiung begangen hatten, in Westdeutschland strebte die Regierung ein Verbot der VVN an.<sup>166</sup> Die Spaltung der Organisationen seit Anfang der 1950er Jahre durch die Entstehung christlich-liberaler und dezidiert antikommunistischer Verfolgtenverbände verstärkte diesen Bedeutungsverlust im Westen. In Osteuropa waren die Verfolgtenverbände in das kommunistische Herrschaftssystem integriert und ihres Einflusses beraubt. Hinzu kamen die Säuberungen der späten Stalin-Ära, die bleibende Spuren in den Verbänden hinterlassen hatten.<sup>167</sup>

<sup>163</sup> Vgl. Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR). I, in: Argumente, Dokumente, Zitate 5 (1966), S. 1–10.

<sup>164</sup> 1955 betrug das Budget der FIR 2.465800 Österreicheische Schilling, von denen 2.414000 Österreicheische Schilling aus dem Ostblock kamen. Die westeuropäischen Mitgliedsverbände entrichteten 50.900 Österreicheische Schilling, woher der Rest von 900 Österreicheische Schilling kam, ist nicht klar; vgl. Schreiben der FIR (Generalsekretär André Leroy) an Čikalenko vom 9. 3. 1955, in: Department for Relations with Foreign Communist Parties (International Department of the Central Committee) 1953–1957, Film 91.

<sup>165</sup> 1990 zeigte sich FIR-Präsident Arialdo Banfi angesichts neonazistischer Übergriffe enttäuscht darüber, dass dies offenbar eine Lüge gewesen war; vgl. Tagung der Delegation des Büros. Wien, 24.2.1990, in: Der Widerstandskämpfer. Informationsdienst, Januar–März 1990, S. 1–11, hier S. 8.

<sup>166</sup> Vgl. Lowe, Wilder Kontinent, S. 356, und Christiane Toyka-Seid, „Nicht in die Lage versetzt, Erbauer eines friedlichen Deutschland zu sein“. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Württemberg-Baden, in: Thomas Schnabel (Hrsg.), Formen des Widerstands im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, Ulm 1994, S. 270–283, hier S. 280.

<sup>167</sup> Vgl. Wawrzyniak, Veterans, S. 118f.